

DIE FREIE BERUFS- BILDUNGS- ASSOZIATION

- EIN MÖGLICHER AUSWEG AUS
HOFFNUNGSLOSIGKEIT -

VON TRISTAN ABROMEIT

Hrsg. ARBEITSKREIS DRITTER WEG NWO

3221 Eberholzen

Vorgelegt am 1. Mai 1982

als Manuskript gedruckt im Sept. 1982

neu formatiert im März 2004

Inhaltsübersicht

(Seite)

- 1 (4) Motto: Mit Kopf und Hand in der Formulierung von Goethe
- 1 (4) Vorbemerkungen
- 1.1 (4) Zum Begriff FBA
- 1.2 (5) Kritikbasis
- 1.3 (5) Über den Zweck der vorliegenden Arbeit
- 1.4 (6) Form und Stil

- 2 (7) Motto: Mit Kopf und Hand in der Formulierung von Proudhon
- 2 (7) Zur Ausgangssituation
- 2.1 (7) Thesen zu den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen
- 2.1.1 (7) Wahlfreiheit zwischen Gesellschaftssystemen
- 2.1.2 (8) Interdependenz der Teilsysteme
- 2.1.3 (9) Keine freie Wahl der Wirtschaftsordnung
- 2.1.4 (9) Koppelung von Selbstbestimmung und Verantwortung
- 2.1.5 (9) Dezentralisation
- 2.1.6 (10) Markt
- 2.1.7 (10) Wettbewerb
- 2.1.8 (10) Leistung
- 2.1.9 (10) Abhängigkeit individueller Berufsbildungsplanung
- 2.1.10 (12) Flexibilität dezentraler autonomer Einheiten
- 2.2 (12) Thesen zur bildungspolitischen Situation und Schlußfolgerungen
- 2.2.1 (12) Schulrecht
- 2.2.2 (12) Bildungspolitik
- 2.2.3 (13) Das staatliche Bildungsmonopol ist verfassungswidrig
- 2.2.4 (14) Alte Fehler in neuer Auflage
- 2.2.5 (16) Schlußfolgerungen
- 2.2.5.1 (16) Radikale Forderung
- 2.2.5.2 (17) Mindestforderung
- 2.2.5.3 (17) Ergänzungen zur Finanzierung der Bildungsgänge
- 2.2.6 (19) Hemmnisse der Ideenumsetzung
- 2.3 (20) Thesen zur Berufsbildung
- 2.3.1 (20) Die eigentlichen Probleme
- 2.3.2 (21) Der mangelnde Wettbewerb
- 2.3.3 (21) Die betriebliche Ausbildung
- 2.3.4 (22) Die Berufsschulen
- 2.3.5 (22) Triales und monistisches Berufsbildungssystem
- 2.3.6 (24) Warum gibt es keine Unternehmen für Berufsausbildung?
- 2.3.7 (25) Ist Hilfe von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften zu erwarten?

- 3 (26) Motto: Mit Kopf und Hand in der Formulierung von Gerhardus Lang
- 3 (26) Anforderungen an eine neue Berufsausbildung
- 3.1 (26) Es gibt keine neutrale Pädagogik
- 3.2 (27) Recht auf Freude und Recht zum Fragen nach dem Sinn
- 3.3 (28) Erleichterung der Berufswahl
- 3.4 (28) Breite Ausbildung
- 3.5 (28) Training zur Übernahme verschiedener Rollen

- 3.6 (29) Training von sozialem Verhalten
- 3.7 (29) Autorität
- 3.8 (30) Berufskategorien "weiblich" und "männlich"
- 3.9 (30) Kein Monopolanspruch eines Systems
- 3.10 (30) Neue rechtliche Definition des Begriffes Bildung erforderlich
- 3.11 (31) Technologiekritisch statt -feindlich
- 3.12 (32) Auspendeln der Bewertung von Hand- und Kopfarbeit
- 3.13 (33) Erforderliche höhere Bewertung der praktischen Berufsausbildung

- (35) Motto: Mit Kopf und Hand in der Formulierung von Paulo Freire
- 4 (35) Modellbeschreibung Freie Berufsbildungs-Assoziation (FBA)
- 4.1 (35) Einleitung
- 4.1.1 (36) Handeln auf der Grundlage des Gegebenen
- 4.1.2 (36) Art der Modellbeschreibung
- 4.1.3 (36) Kleines oder großes Modell
- 4.1.4 (37) Wie schützen wir uns vor Schwätzern?
- 4.2 (37) Ziele der FBA
- 4.2.1 (37) Politische Einordnung
- 4.2.2 (38) Angebotspalette
- 4.2.3 (38) Existenzgründung
- 4.2.4 (38) Neue Form der Kooperation
- 4.2.5 (39) Ermöglichung von Selbsthilfe
- 4.3 (39) Besondere Ziele der FBA
- 4.3.1 (39) Pädagogische Anliegen
- 4.3.2 (39) Wirtschaftspolitischer Aspekt
- 4.3.3 (39) Entwicklungshilfe besonderer Art
- 4.3.4 (40) Reisen
- 4.3.5 (40) Möglichst späte Spezialisierung
- 4.3.6 (40) Doppel- und Ergänzungsqualifikationen
- 4.3.7 (41) Vorschalt- und Experimentierberuf
- 4.4 (41) Standort und Erscheinungsbild
- 4.5 (42) Lernorte
- 4.6 (42) Forschungs- und Beratungsstelle / therapeutischer Dienst
- 4.7 (42) Strukturelemente
- 4.7.1 (42) Mitglieder
- 4.7.2 (42) Organe
- 4.7.3 (43) Kooperation
- 4.7.4 (43) Finanzierung
- 4.8 (43) Gemeinsame Informationsplattform / Literaturhinweise
- 4.8.1 (44) Kenntnis über Institutionen
- 8.8.2 (44) Gemeinsame Literaturlbasis

- 5 (46) Schlußbemerkungen
- (46) Anmerkungen und Quellen

Freie Berufsbildungs-Assoziation (FBA) - ein möglicher Ausweg aus Hoffnungslosigkeit

Motto: Mit Kopf und Hand in der Formulierung von Goethe

„Denken und tun, tun und denken, das ist die Summe aller Weisheit, von jeher anerkannt, von jeher geübt, nicht eingesehen von einem jeden. Beides muß wie Ein- und Ausatmen sich im Leben ewig fort hin und wieder bewegen; wie Frage und Antwort sollte eins ohne das andere nicht stattfinden. Wer sich zum Gesetz macht, was einem jeden Neugeborenen der Genius des Menschenverstandes heimlich ins Ohr flüstert, das Tun am Denken, das Denken am Tun zu prüfen, der kann nicht irren, und irrt er, so wird er sich bald auf den rechten Weg zurückfinden.“¹

1 Vorbemerkungen

=====

1.1 Zum Begriff

Die Benennung des Begriffes, der hier entwickelt und die Namensgebung für die Einrichtung, die danach gestaltet werden soll, wenn die Idee in genügend Herzen und Köpfen von handlungsfähigen Menschen Widerhall findet, ist insofern schwierig, weil die Wörter: Stätte, Zentrum, Schule, Verein, Gesellschaft / Institut oder Unternehmung besonders geprägt, belastet oder entwertet worden sind. Die deutschen Worte für Assoziation - Vereinigung oder genossenschaftlicher Zusammenschluß- helfen auch nicht viel weiter.

Da es hier um die Entwicklung eines Begriffsinhaltes und nicht um die Beschreibung des Begriffsmantels geht, behelfe ich mir mit dem Arbeitstitel

FREIE BERUFS-BILDUNGS-ASSOZIATION

und der Kurzform FBA.

Außerdem ist es wahrscheinlich, daß sich - wenn die Idee Wirklichkeit wird - ein Name herausbilden wird, der von örtlichen oder sachlichen Gegebenheiten abgeleitet

wird. Ich denke dabei an Sommerhill, Cuernavaca, Bemposta oder Tvind.

1.2 Kritikbasis

Die hier vorgetragene Kritik an unserem Bildungssystem auf der Basis einer emanzipatorischen, solidarisch radikalen Freiheitsvorstellung ist nicht neu. Sie findet sich auch in Schriften anthroposophischer und freiwirtschaftlicher Herkunft. Auch jene, die sich zur freien Schulbewegung, zur Gruppe der Antipädagogen oder den freien Sozialisten rechnen, können sich teils bestätigt fühlen.

Die Grundidee des FBA wurde bereits in einem Arbeitspapier für die FDP vom Januar 1975 und dann in einer programmatischen Schrift für DIE GRÜNEN vom März 1980 jeweils unter dem Arbeitstitel „Institut zur Vermittlung beruflicher Fertigkeiten“ vorgestellt.²

1.3 Über den Zweck der vorliegenden Arbeit

Wer Ideen im Kopf hat, diese anderen bekannt machen möchte und weiß, daß wir durchaus keinen freien Ideenaustausch in unserer Bundesrepublik haben, überlegt sich wohl, wie und in welcher Form er seine Ideen vorstellt. Meine erste Einschätzung war, daß ich darüber ein Buch schreiben und den Text mit vielen Zitaten „wissenschaftlich“ absichern sollte. Denn zu viele beurteilen eine Veröffentlichung noch nach der Seitenzahl und der Zahl der angeführten Quellen. Wenn ich von diesem Vorhaben zum Teil abgewichen bin, dann hat das u. a. folgende Gründe:

- a) Die öffentliche Behandlung des Themas ist dringlich:
 - aa) weil wir zuviele arbeitslose Jugendliche, in der Ausbildung unglückliche Jugendliche, Ungelernte, arbeitslose Lehrer und andere Hochschulabsolventen haben;
 - ab) weil wir in diesem Jahr mehrere Wahlkämpfe haben, die eine öffentliche Diskussion des Themas erzwingen können (ein Buch läßt sich so kurzfristig nicht herstellen);
 - ac) weil eine finanzielle zusätzliche Förderung der beruflichen Bildung durch die Bundesregierung angekündigt wurde und die Gefahr besteht, daß bildungspolitische Ladhüter subventioniert werden.

- b) Die Literatur und Diskussion um die Alternativschulen zeigen, daß heute der

Bildungsacker, wo er nicht total durch den staatlichen Bildungskunstdünger vergiftet wurde, aufnahmefähig ist für Gedanken, wie sie hier vorgetragen werden. Es sind genügend Einzelpersonen und Gruppen vorhanden, die aufgrund der eigenen Erfahrungen und Denkarbeit nur Anregungen (Anstöße) benötigen, um eigene Modelle dieser Art theoretisch zu erarbeiten. Der Abbau der Hürden, die vor der Realisierung dieser Modelle stehen, ist die Aufgabe aller wahrhaft Liberalen in allen Parteien und Ämtern.

- c) Jene, die sich mit uns verbünden wollen, um mit uns ³ ein konkretes Modell aufzubauen, müssen in der Lage sein mitzuwirken, daß die hier skizzenhafte Darstellung der Idee in eine umsetzbare Form gebracht wird.

1.4 Form. und Stil

Die Form und der Stil ist nicht durch den Versuch geprägt, eine Anbiederung bei möglichen Verbündeten zu erwirken. Es möge ein jeder sich selber die Frage beantworten, an welchen Repräsentanten der Öffentlichkeit ich mich in dieser Angelegenheit wenden sollte. Solange Leute nicht zur Selbsthilfe greifen oder solange kein Druck durch die Wähler erfolgt, erfolgt gar nichts.

Motto: Mit Kopf und Hand in der Formulierung von "Proudhon

"Da in der intellektuellen Operation Analyse und Synthese wesentlich unzertrennlich sind, und da andererseits die Theorie nur unter der Bedingung berechtigt ist, daß sie Fuß für Fuß der Erfahrung folgt, so ergibt sich, daß die Arbeit, welche Analyse und Synthese, Theorie und Erfahrung in einer stetigen Handlung vereinigt, daß die Arbeit, die äußere Form der Logik, welche folglich Realität und Idee zusammenfaßt, sich aufs Neue als allgemeine Unterrichtsmethode darstellt." ⁴

2 Zur Ausgangssituation

=====

2.1 Thesen zu den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen

2.1.1 Wahlfreiheit zwischen Gesellschaftssystemen

Wenn wir die politische Macht, die zur Umsetzung erforderlich ist, außer Acht lassen, dann haben die Mitglieder einer Gesellschaft die Freiheit, die Struktur, das System ihrer Gesellschaft zu wählen. Die Bürger haben aber nicht die Freiheit, die Ergebnisse ihres Gesellschaftssystems frei zu wählen, denn diese Ergebnisse werden durch die inneren Zusammenhänge, durch die Disharmonie oder Harmonie des gewählten Systems bestimmt. Da, wo es Wahlmöglichkeiten gibt, gibt es auch eine optimale Lösung. Die optimale Lösung kann sich nur orientieren an der Natur des Menschen oder seinen Werten, die über Zeitstrecken im Widerspruch zu seiner Natur stehen können.

Der optimalen Lösung können wir uns nähern durch Erkenntnisarbeit und Experiment. Über freiwillige oder zwangsweise Großexperimente berichtet die Geschichte. Wir haben aber die innere Freiheit, bewußte kontrollierte Experimente für Teilbereiche gesellschaftlicher Zusammenhänge durchzuführen ohne Vergewaltigung von Minderheiten oder gar Mehrheiten, die in der Regel erforderlich sind, um ein gesellschaftliches Gesamtexperiment durchführen zu können.

Die politische Losung "Keine Experimente" ist jedenfalls dumm und lebensfeind-

lich; in der Konsequenz ist es eine Aufforderung an Insassen eines Konzentrationslagers, geduldig zu warten, bis sie umgebracht werden.

Soviel mehr in und mit kleinen Einheiten experimentiert werden kann, soviel mehr Fehlentwicklungen bleiben der Gesellschaft in den Großstrukturen erspart.

Wir sind aber auch in der Lage, rein gedanklich mit abstrakten Modellen zu experimentieren, wenn wir ein Minimum an Distanz zur persönlichen Interessenlage herstellen. Es ist für eine Gesellschaft und ihre einzelnen Mitglieder jedenfalls nützlich, hin und wider eine Bilanz der noch gültigen Werte und sich Gedanken über die Natur des Menschen zu machen (d. h. wie und wo gedeiht der Mensch am besten, welche seiner Eigenschaften sind änderlich oder unveränderlich) und die Ergebnisse jeweils in ein Verhältnis zu denkbaren oder probierten Gesellschaftsordnungen zu setzen.⁵

2.1.2 Interdependenz der Teilsysteme

Da die Gesellschaft ein gegliedertes Ganzes ist, also eine Struktur hat, können wir die Bereiche Kultur, Wirtschaft und Staat als Teile des Ganzen verstehen. Zwischen den Teilen besteht aber eine wechselseitige Abhängigkeit (Interdependenz). Es versteht sich eigentlich von selbst, daß Störungen im Gesamtgefüge auftreten müssen, wenn die Teile mit unterschiedlichen Strukturelementen entsprechend dem polaren Begriffspaar zentral - dezentral ausgestattet werden. Nach dem 2. Weltkrieg sind bei dem Neuaufbau unserer Gesellschaft unverträgliche Ordnungselemente eingesetzt worden. Obwohl das Grundgesetz von einer dezentralen Gesamtordnung ausgeht, wurden für den Kulturbereich, speziell für den Bildungs- und Ausbildungsbereich, zentralistische Elemente verwendet. Der ansatzweise dezentrale Aufbau der Wirtschaft konnte sich selbst nicht weiterentwickeln, weil bekannte Fehler in der Wirtschaftsordnung übernommen wurden. Die Folgen sind entsprechend, der Staat blähte sich zu einem Monstrum auf, weil er immer häufiger und an immer mehr Orten in die Bereiche Kultur und Wirtschaft eingreifen mußte.

Um Teile des Begriffes konservativ weiterhin in der politischen Diskussion verwenden zu können, hat man den Teil wertkonservativ abgespalten. Es verbleibt eigentlich nur der Teil strukturkonservativ. Auf die Bildung bezogen sind die FDP, SPD

und CDU/CSU strukturkonservativ. Wenn man das Wahlprogramm der GRÜNEN für die Landtagswahl zugrunde legt, sind sogar diese gegenüber ihrer eigenen diesbezüglichen Progressivität mißtrauisch. ⁶

2.1.3 Keine freie Wahl der Wirtschaftsordnung

Jene, wie z. B. diejenigen, die die grüne Bewegung tragen, für die dezentral eine politische Zielvorstellung ist, können wiederum nicht die Wirtschaftsordnung frei wählen, denn Dezentralität ist in der Zentralverwaltungswirtschaft (auch wenn der Zentralplan auf demokratische Weise entsteht - demokratischer Zentralismus) ein Fremdkörper.

2.1.4 Koppelung von Selbstbestimmung und Verantwortung

Wenn die Selbstbestimmung und Mitbestimmung mehr sein soll als ein Mitreden dürfen, dann ist eine direkte Koppelung an die Selbstverantwortung und -haftung erforderlich.

Selbstverantwortung und -haftung können aber billigerweise nur dann übernommen werden, wenn die Akteure einen Gestaltungsfreiraum bekommen, die Produktionsmittel (auch für Bildung sind diese erforderlich) frei und chancengleich zugänglich sind (also nicht monopolisiert oder kartellisiert sind wie z. B. bei der Grundschule und in der Erwachsenenbildung) und die Gestaltungsfreiräume nicht willkürlich von außen durch den Staat oder durch Private zerstört werden können.

2.1.5 Dezentralisation

Die Dezentralisationsidee geht davon aus, daß der Mensch und seine Umwelt besser gedeihen, wenn die Kultur, die Wirtschaft und der Staat in kleine überschaubare Einheiten untergliedert und jeweils in ihren Kompetenzen auf ihren Bereich begrenzt sind.

Die Ursache dafür, daß diese Idee heute eine politisch relevante Größe hat, ist in dem stillen und lauten Leiden der Menschen, das durch das Ausgeliefertsein an die großen anonymen Einheiten mit ihren bürokratischen, zentralistischen oder undurchschaubaren Strukturen entsteht, begründet. Die Hauptursache dieser Fehlentwicklung, in der sowohl Freiheit, Gerechtigkeit, wie auch Solidarität zu einer Leer-

formel wurden, dürfte in der marxistischen Fehldiagnose der Ursachen des Kapitalismus liegen (Kapitalismus wird hier verstanden als die Möglichkeit, aufgrund von Monopolen unterschiedlicher Art arbeitsloses Einkommen zu beziehen).

2.1.6. Markt

Weniger klar wurde in der grünen und alternativen Bewegung bisher erarbeitet, daß als einzige Möglichkeit, die unzähligen dezentralen Einheiten ohne zentralistische Organisation zu koordinieren und kooperieren zu lassen, der Markt erforderlich ist. Wenn auch heute verschleiern Marktwirtschaft und Kapitalismus als Synonyme gebraucht werden, so muß deutlich gemacht werden, daß da, wo Kapitalismus besteht, keine Marktwirtschaft sein kann. Marktwirtschaft heißt freier Leistungsaustausch. Kapitalismus ist immer noch Ausbeutung. Im System der Marktwirtschaft können autonome, genossenschaftliche oder kollektive Produktionsgemeinschaften sich entfalten, wenn sie anderen Formen von Arbeitsgemeinschaften überlegen sind. In der Zentralverwaltungswirtschaft können sie es nicht, weil hier ihre Autonomie ein Fremdkörper ist. ⁷

2.3.7. Wettbewerb

Zur Ausstattung der Freiheit und Realisierung der Dezentralisation gehört der Wettbewerb, die Konkurrenz. Der Begriff Wettbewerb ist durch seine kapitalische Ausformung zwar mit negativen Vorstellungen belastet, kann aber nicht einfach ausgewechselt werden, wenn nicht noch mehr Verwirrung entstehen soll. (Es hilft auch nicht, die guten Eigenschaften dem deutschen Wort Wettbewerb zuzuordnen und die negativen Eigenschaften dem lateinischen Wort Konkurrenz). Ein Wettbewerb ist jedenfalls dann nicht mehr vorhanden, wenn ich keine freie Wahl habe, mich ihm zu stellen oder nicht.

Die Alternative zum Wettbewerb ist die Zuteilung. Zuteilung bedeutet, ein Fremder (Anderer) bestimmt über das, was mir zusteht oder zustehen soll, was ich leisten darf oder soll, also Fremdbestimmung.

Der Wettbewerb kann nun durchaus für eine Zeit lang z. B. in der Bildung und Ausbildung ausgeschlossen werden. Nur, wenn dies kein freier Entschluß aller Betroffenen in einer kleinen Einheit ist, sondern als generelles Prinzip gelten soll, lassen die

Folgen nicht lange auf sich- warten, wie wir sehen. ⁸

2.1.8 Leistung

Der Begriff Leistung muß hier auch kurz angesprochen werden, weil wir in der Situation stehen, wo vielfach die Leistung einfach verweigert wird und in der es als legitim gilt, sich Leistungen anderer anzueignen, ohne eine entsprechende Gegenleistung zu erbringen. Die Ursachenkurzformel dürfte lauten: Der Begriff Leistung wurde entwertet bis zum Empfinden einer Zumutung, weil unter den vergangenen und gegebenen Produktionsverhältnissen der Begriff Leistung umfunktioniert wurde zu der Anmaßung, schweigend die Ausbeutung - oder die Vorbereitung dazu – hinzunehmen.

Die Leistung und ihre Entlohnung durch die Gegenleistung haben aber eine soziale Funktion. Wenn wir ohne Leistung auskommen wollen, dann wird sich ein Wettbewerb der Faulheit durchsetzen. Wenn Leistung nicht entlohnt werden soll, dann muß sie mit moralischem oder physischem Zwang durchgesetzt werden, was jawohl keine akzeptable Alternative ist.

2.1.9 Abhängigkeit individueller Berufsbildungsplanung

Wirtschaftskrisen mit Arbeitslosigkeit und Konkursen, die Konzentration von Vermögen und wirtschaftlicher Macht, das Auseinanderklaffen der Einkommensschere und die Mißachtung ökologischer Belange haben nicht ihre Ursache in der Marktwirtschaft, sondern im Staatskapitalismus oder vom Staat gestützten Kapitalismus.

Für die Inflation, Stagflation und Deflation sind weder die marktwirtschaftliche Koordinierungstechnik noch die „bösen“ Unternehmer oder „habgierigen“ Arbeitnehmer verantwortlich, sondern die Bundesbank und die Bundesregierung. Es ist ein Ammenmärchen, daß wir unsere ökonomischen Probleme nicht lösen können, weil wir vom Ausland abhängig wären. Diese Behauptung ist das Feigenblatt für die politische Schamblöße der staatstragenden Parteien und Verbände. ⁹ Ohne Lösung der ökonomischen Probleme ist aber eine Planung der individuellen Berufsausbildung nicht oder nur schwer möglich.

2.1.10 Flexibilität dezentraler autonomer Einheiten

Hätten wir ein dezentrales Bildungs- und Ausbildungssystem mit autonomen Einheiten, dann würden geburtenstarke oder -schwache Jahrgänge kein gesellschaftliches Problem darstellen, weil eine Vielzahl kleiner dezentraler Einheiten sowohl in der Bildung wie in der Arbeit flexibler reagieren könnten, als es heute den vorhandenen fremdgelenkten Einheiten möglich ist.

2.2 Thesen zur bildungspolitischen Situation und Schlußfolgerungen

2.2.1 Schulrecht

„Das deutsche Schulrecht wurzelt, von modernen Ansätzen abgesehen, noch weitgehend im Absolutismus. Es ist dem Liberalismus des 19. Jahrhunderts, der Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung, der Demokratisierung des öffentlichen Lebens und der Umwandlung des absoluten Staates in den demokratischen Rechtsstaat nur zögernd und langsam gefolgt. In der Schule und in ihrem Recht retteten sich manche Auffassungen des absoluten Macht- und Wohlfahrtsstaates über das gesamte 19. Jahrhundert hin bis in die Gegenwart. Es ist bezeichnend, daß das Dritte Reich dieses Recht kaum zu verändern brauchte, um als Machtstaat seine Ziele in der Schule durchzusetzen. Heute wiederum kann das alte Schulrecht weitgehend unverändert fortgelten, weil der demokratische und soziale Vor- und Fürsorgestaats der Gegenwart dem absoluten Wohlfahrtsstaat vielfach verwandt ist.“¹⁰

2.2.2 Bildungspolitik

„Die Bildungspolitik der Bundesrepublik Deutschland steht seit Jahren im Brennpunkt der Kritik und der politischen Auseinandersetzungen.

Im Schulwesen geht der Streit um die Frage, ob das traditionelle nach Grund- und Hauptschule, Realschule und Gymnasium gegliederte Schulsystem den pädagogischen und sozialen Bedürfnissen der Jugend besser angemessen ist als die Integrierte Gesamtschule. Die Vertreter des überlieferten Schulwesens begründen die drei verschiedenen Schularten mit den unterschiedlichen Begabungen der Schüler, denen das gegliederte Schulwesen besser gerecht würde als die Einheitsschule, deren Befürworter die Gemeinsamkeit, das Soziale in der Erziehung hervorheben.

Auf beiden Seiten wird die Entwurzelung und Isolierung der Kinder in den zentralen unüberschaubaren Mammutschulen beklagt.

Über die pädagogische Wahrheit im Schulwesen, d. h. über Ausbildungs- und Erziehungsziele, über Bildungsinhalte und die anzuwendende Pädagogik sollen - nach der bisherigen allgemeinen Auffassung im demokratischen Staat die Mehrheiten der Länderparlamente entscheiden.

Die eigentlich Betroffenen werden nicht gefragt: die Eltern – in rechtmäßiger Stellvertretung der Kinder — und die Lehrer, von deren pädagogischen Fähigkeiten und Einsatzbereitschaft das Gelingen des Erziehungs-, Ausbildungs- und Bildungsauftrages letztlich abhängt. Über die eigentlichen Ursachen der anhaltenden pädagogischen Krise wird hinweggesehen:

- 1) Die Staatsschule besitzt das pädagogische Monopol.
- 2) Dieses Monopol wirkt bestimmend auch auf die Schulen in freier Trägerschaft durch die berechtigenden Schulabschluß- und Universitätszulassungsprüfungen des Abiturs im Hinblick auf Lehrplan und Pädagogik. Dadurch wird das pädagogische Ziel dieser Schulen weitgehend den staatlichen Lehrplänen unterworfen.
- 3) Den Eltern ist in diesem System ihr verfassungsmäßig garantiertes Elternrecht (Art. 6 (2) GG) praktisch versagt.
- 4) Die Lehrer der Staatsschulen sind als Staatsbeamte weisungsgebunden, so daß auf sie Artikel 5 (3) GG, „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei“, keine Anwendung findet.

Dabei ist vom Grundgesetz her keineswegs postuliert, daß es Sache des Staates oder der Länder sei, das Schulwesen selbst zu betreiben. Artikel 7 (1) GG sagt vielmehr ausdrücklich: „Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates“, was sinngemäß nur besagen kann, daß das Schulwesen gerade nicht vom Staate und den Ländern selbst betrieben werden soll, sondern von Institutionen, die staatsunabhängig sind.“¹¹

2.2.3 Das staatliche Bildungsmonopol ist verfassungswidrig

„Die kulturellen Freiheitsrechte sind seit der Verkündung des Bonner Grundgesetzes noch nicht durchgängig verwirklicht. Zwar heißt es in Artikel 7 (1) GG nur: 'Das

gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates', der Staat schränkt jedoch durch das Schul- und Hochschulmonopol, vor allem auch durch das Berechtigungsmonopol die kulturellen Freiheitsrechte der Bürger ein. Er verstößt damit nicht nur gegen den allgemeinen Freiheitssatz des Artikels 2 (3) GG: 'Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit', sondern vor allem auch gegen die in Artikel 5 (3) GG garantierte Lehrfreiheit. Die Privilegierung der staatlichen Ausbildungsstätten gegenüber nichtstaatlichen Bildungsinstitutionen und die Bevorzugung der Absolventen der staatlichen Schulen und Hochschulen verletzt darüber hinaus den Gleichheitssatz nach Artikel 3 GG. Indem der Staat sich die Erteilung berufsrechtlicher Diplome, z. B. zur Lehrbefugnis, vorbehält, privilegiert er die Absolventen staatlicher Ausbildungsinstitutionen gegenüber nichtstaatlichen. Er erteilt damit den Inhabern staatlicher Diplome Wettbewerbsvorteile im kulturellen Leistungswettbewerb gegenüber Absolventen nichtstaatlicher Einrichtungen. Darüber hinaus bevorzugt der Staat seine kulturellen Einrichtungen gegenüber kulturellen Einrichtungen in freier Trägerschaft (Schulen, Hochschulen, Theater), Der Staat begünstigt seine Institutionen im kulturellen Wettbewerb auch wirtschaftlich, indem er seinem beamteten Personal ohne Rücksicht auf Wirtschaftlichkeit und Leistung das Einkommen auf Lebenszeit sichert und die Kosten dafür dem Steuerzahler aufbürdet.“¹²

2.2.4 Alte Fehler in neuer Auflage

Die politisch prägenden Zeitgenossen nach 1945 können nicht einmal für sich in Anspruch nehmen, daß ihnen bei ihrem Vorhaben, das Beste für die Gesellschaft zu wollen, originäre Fehler - also Fehler, die erstmals auf getreten sind - unterlaufen sind. Das, was Schmittmann 1931 für die damalige Zeit in Bezug auf das sozialpolitische System sagt, gilt heute für unser soziales Netz genauso und für das Bildungssystem ebenso, und daher wird Schmittmann hier zitiert. (Es brauchen jeweils vom Leser nur die Begriffe Sozialpolitik gegen Bildungspolitik u. a. entsprechend ausgetauscht werden..)

„Es war der schwerste Konstruktionsfehler unserer Sozialpolitik, daß sie zu sehr von außen her, obrigkeitlich, bürokratisch, staatlich aufgezogen war, daß sie den Menschen, denen sie helfen sollte, als eine neue Sparte 'obrigkeitlicher Verwaltung' erschien, in die sie hineingesteckt wurden; sie umschloß zu viel Apparat und berücksichtigte zu wenig, daß wie auf lebendige, erwachsene, durch die allgemeine Volks-

bildung zu Selbstbewußtsein gelangte Menschen wirken sollte.

Diese Sozialpolitik war eine Pflasterkur, zu der ein mächtiger Staat die privaten Wirtschaften zwang. Der Arbeiter war Objekt dieser Kur. Es war der hinter seiner Arbeitskraft verborgene Mensch, den der Unternehmer, wenn er könnte, ignorieren würde, weil er am liebsten nur mit antlitzlosen, unbekanntem Kräften zu tun hätte. Der Staat holt gemeinsam mit seiner Gewalt den Arbeiter aus seinem Versteck hervor und erzwingt eine gewisse Fürsorge für ihn, damit ihn der Arbeitsprozeß nicht verschlinge. Die Sozialrentner sind nicht mehr unsere Kranken und Alten; es sind die des Staates.

Mit der staatlichen Sozialpolitik überschreitet der Staat den ihm ordnungsmäßig zustehenden Bereich der volkspolitischen Herrschaft und greift in einen Bezirk ein, der eigenständig ist und deshalb eine eigene politische Verfassung, eine vom Staat relativ unabhängige Ordnung haben müßte. Der Staat mußte in diesen Bezirk eindringen, weil innerhalb desselben die notwendige Ordnung nicht vorhanden war und die bestehende Unordnung das elementare Lebensrecht der Staatsbürger gefährdete: die staatliche Sozialpolitik war ein Notbehelf. Schwerfällig, kostspielig, fraglich im Erfolg: das waren die Kennzeichen einer Sozialpolitik, die von außen und von oben an ihre Aufgabe herantrat und dabei nicht einmal die Intention hatte, nach 'innen' zu wirken; die im Grunde ihres Wesens zu viel an den Apparat und die Institution und zu wenig an den Menschen glaubte. Im Gewirre der Paragraphen ward unsere soziale Arbeit wie ein Mensch, das Steinchen an Steinchen fügt. Aber es ward kein Ganzes daraus, es stieg nicht die mächtige und stille Gestalt neuen Volkstums daraus empor. Immer schneller fügte der Staat Paragraph an Paragraph, Gesetz an Gesetz, aber die Linien verwirrten sich immer mehr; wir wissen heute selbst kaum, was wir eigentlich mit unserer Sozialpolitik erstreben. Das Volksleben ist unterdessen tödlich arm geworden; es ist nicht mehr geheimnisvoll, es ist nur platt. Es ist nur ein Eingespanntsein in die Wirtschaft ohne eigene Form. Die Gesetzesparagraphen geben Arbeitspausen, aber keinen Feiertag, sie machen in Schlichtung und geben dennoch keinen Arbeitsfrieden.

So leben wir in einem sozialen Wohlfahrtsstaat mit weitgehender Staatsbürgerversorgung und ersticken gleichzeitig in Steuerlasten. Nirgends wirkt sich die Sozialpo-

litik gestaltend aus, höchstens ein wenig modifizierend. ...

Es besteht auch heute noch der Widerspruch, daß die gesetzgebenden Körper zwar den Arbeiter als Subjekt umfassen, als Wähler und als Abgeordneten, daß aber derselbe Arbeiter zugleich bloßes Objekt, nicht einmal Adressat der sozialpolitischen Gesetze ist, die er mitgeschaffen hat. Dieser Widerspruch ist in sich unhaltbar und deutet auf ein schweres Gebrechen: der Fülle der staatlichen Rechte steht noch immer der Mangel verantwortlicher Betätigungsmöglichkeit in der Wirtschaft, in der Gesellschaft, im Volk gegenüber.

Dieses sozialpolitische Gesetzwerk von oben hat sich deshalb auch insofern gerächt, als sich die Arbeiterschaft an die staatliche Fürsorge und Bevormundung gewöhnte und schließlich allzu vieles vom Staate erwartet, wo nur eigener schöpferischer Einsatz, wo nur Volkspolitik, Ordnungsaufbau von unten helfen kann.“^{13 14}

2.2.5 Schlußfolgerungen

2.2.5.1 Radikale Forderung

Die radikalste Forderung, die sich aus dem bisher Gesagten ableiten läßt, wäre diese: Die Parlamente beschließen:

1. die Aufhebung der Schulpflicht (die ein Schulzwang ist),¹⁵
2. die Entlassung der Pädagogen aus dem Beamtenstatus gegen eine Abfindung (oder Einsetzung als Beamte in andere Bereiche),
3. die Aufhebung aller Bildungsgesetze,
4. eventuelle Beschlüsse über ein klares Haftungsrecht und Strafrecht, wenn die vorhandenen Rechte nicht ausreichen,
5. die Überlassung der Schulgebäude an freie Träger zu einer zu vereinbarenden Miete und
6. eine für alle Kinder und Jugendliche gleiche, eventuell nach Alter gestaffelte individuelle Subventionierung der Bildung in Form von personengebundenem Bildungsguthaben.^{16 17}

Die Wirkung wäre die des Regens in der Wüste. Die Bildungswüste würde anfangen zu blühen. Aber wie heißt es so „realpolitisch“: Diese Forderung ist politisch nicht

durchsetzbar, obwohl der Mitteleinsatz nicht steigen muß. Außerdem mobilisiert ein solches Vorgehen noch mehr Angst, als jetzt schon unter den Leuten vorhanden ist.

2.2.5.2 Mindestforderung

Wichtig ist, daß möglichst bald:

- 1) die Gängelung der Pädagogik durch die Politik reduziert wird,
- 2) die Privilegierung der öffentlich-rechtlichen Bildungseinrichtungen abgebaut und die Chancengleichheit für öffentliche Schulen in privatrechtlicher Trägerschaft hergestellt wird,
- 3) abweichende Bildungs- und Ausbildungsgänge ausdrücklich vom Gesetzgeber toleriert werden,
- 4) auch andere als staatlich festgesetzte Qualifikationsmerkmale für das Lehr- oder Ausbildungsamt gelten dürfen und
- 5) die Subventionierung der Bildung von der Institution auf die Personen umgestellt wird, damit Eltern und Schüler durch ihre Bildungsnachfrage ein unmittelbar wirkendes Gestaltungsrecht im Bereich der Bildung erhalten.

2.2.5.3 Ergänzungen zur Finanzierung der Bildungsgänge

Die Subventionierung der Bildung in Form von Bildungsguthaben sollte nicht nach Allgemein- und Berufsbildung differenzieren, weil dadurch pädagogische Experimente verhindert oder behindert werden. Die Abgeordneten sind überfordert, wenn sie darüber entscheiden sollen, ob eine Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung sinnvoll ist oder nicht, genauso wie sie überfordert wären, wenn sie für bestimmte Krankheiten die Therapie bestimmen sollten.

Um den bürokratischen Apparat (den z. B. das BAföG-Modell erfordert) abzubauen oder zu vermeiden, sollte es genügen, daß der Schüler, Lehrling oder Student eine Geburtsurkunde und die Bestätigung der Bildungseinrichtung über die Teilnahme und Kosten des Bildungsganges vorlegt. Die Förderung sollte unabhängig vom Einkommen der Eltern sein; die möglichen Ungerechtigkeiten können über die Steuertarife ausgeglichen werden. Wichtig ist auch, daß der Jugendliche lernt, ökonomisch mit seinem Bildungsguthaben umzugehen und nicht immer die längsten und teuersten Bildungsgänge aussucht (sonst haben wir hier bald die gleichen Probleme wie bei den Krankenkassen). Zu erreichen ist dies z. B. dadurch, daß

- 1) zwar der Förderungssatz für alle gleich ist, aber mit dem Förderungssatz nur eine Auswahl unter 80 oder 90 % aller Bildungsplatzangebote finanziert werden können. Für 10 oder 20 % der Bildungsgänge müßten dann unterschiedliche Spitzenbeträge anderweitig finanziert werden.¹⁸
- 2) Das nicht abgerufene oder nicht voll abgerufene Bildungsguthaben z. B. bei Belegung von kostengünstigen Ausbildungsgängen oder gar bei Verzicht auf eine Ausbildung (auch darin kann sich Freiheit äußern) wird nach Ablauf der Förderungszeit ausgezahlt und kann als Startkapital für eine Existenzgründung oder für spätere Ausbildungsgänge dienen, womit wieder ein Stück Chancengleichheit unter den jungen Menschen hergestellt wird. (Ein Entgelt für praktische Arbeit (in der Lehre oder Praktikum) sollte nicht auf das Bildungsguthaben angerechnet werden, da hierfür der Lernende eine zusätzliche Leistung erbringen muß.)
- 3) Die Zeit der Förderung wird begrenzt auf den Zeitraum, in dem die Hochschulreife und eine praktische Ausbildung erfolgen kann. Hierdurch wird die Flucht in das Hochschulstudium reduziert.¹⁹
- 4) Bildungsgänge oder Teile von Bildungsgängen, die nach dem Förderungszeitraum stattfinden, werden - wenn nicht ein Finanzierungsanspruch aus einer Privat- oder Sozialversicherung vorliegt - über Bildungsdarlehen finanziert. Für das Bildungsdarlehen übernimmt der Staat die Ausfallbürgschaft. Er zahlt weiter eine Zinssubvention für den Teil des Zinssatzes, der über der Inflationsrate + 2 % liegt. Um sich zu entlasten, sollte der Staat bemüht sein, eine Wirtschafts- und Währungspolitik zu betreiben, die den Zins auf ein Minimum drückt.
- 5) Das Instrument des Bildungsguthabens kann auch so ausgeformt werden, daß die Abschaffung der Schulpflicht (die ein Gleichgewicht der Kräfte zwischen Eltern, Pädagogen und Schulträger verhindert) leichter fällt. Verfällt das Bildungsguthaben, wenn z. B. die Grundschule nicht besucht wird, dann entsteht über den - unabhängig von der Schulpflicht - bestehenden Sog zur Schule noch ein ökonomischer Druck in erträglicher Form zum Schulbesuch.

2.2.6 Hemmnisse der Ideenumsetzung

Der Umsetzung der hier vertretenen freiheitlichen und sozialen Ideen neuer Art stehen nicht nur veraltete Denkkategorien, wie sie in den Ämtern und Parteien herrschen, entgegen, sondern der Freiheitstrieb zu vieler Individuen ist zu verkümmert, als daß dieser ein Motor für die erforderlichen Veränderungen sein könnte. So wie der physische Hunger die Entwicklung der Intelligenz hemmt, so verkümmert der Freiheitstrieb, wenn er keine seelische Nahrung erhält.

Der so verkümmerte Mensch ist durchaus noch fähig, sich in Kollektive zusammenzuschließen, er ist dann aber mehr eine Ameise als ein selbstbestimmendes zur Solidarität fähiges Wesen.

Die heute zu beobachtende Gleichgültigkeit oder die destruktive Aggression haben sicher damit zu tun, daß Freiheit nicht mehr konkret erlebt werden kann, sondern nur noch ein Schlagwort im Parteienk(r)ampf ist oder nur als Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Fernsehprogrammen erlebt wird.

Wieviel Kinder erleben denn noch bei ihren Eltern eine freie Existenz als Bauer, Handwerker, Kaufmann oder Künstler. Und wo dieses noch der Fall ist, wird häufig aufgrund der von außen wirkenden negativen staatlichen Einflußnahme und der von innen wirkenden gesellschaftlich bedingten neurotischen Verhaltensweisen ein negatives Beispiel gegeben.

Die Schule kann in ihrer heutigen Form als Stätte der Unfreien auch nicht den Freiheitsimpuls - der in jedem Menschen vorhanden ist - verstärken. Anpassung an die Forderungen anderer und Ausweichen ins Unverbindliche sind die heimlichen Lernziele. Wo die Schule als Zwangsveranstaltung des Staates in Erscheinung tritt, kann sie nicht Vorbild für eine freie Berufsexistenz sein (auch nicht in der Form des selbstwertbewußten Individuums in einem Kollektivunternehmen).

Wo Wort und Tat so auseinanderklaffen, gibt es keine Verbindlichkeit des Wortes mehr. Nein ist nicht mehr Nein, Ja ist kein Ja mehr. Wahrhafte Solidarität kann sich aber nur zwischen freiheits- und verantwortungsfähigen Menschen entwickeln.

2.3 Thesen zur Berufsbildung

2.3.1 Die eigentlichen Probleme

Das Thema umfaßt mehr als das Schicksal von Jugendlichen ohne Ausbildungsstelle. Es betrifft genauso jene, die in der Ausbildung drin sind, die ausbilden oder ausbilden sollten und jene, die nach einer Abschlußprüfung eine Tätigkeit verrichten, bei der der Berufsbestandteil Lernen durch monotone Serienproduktion oder aufgrund hochgradiger Spezialisierung wegrationalisiert wurde.

Der Mensch ist nur dort ein Mensch, wo er schöpferisch sein kann. Das schöpferische Element ist aber in der Ausbildung und in der Berufsausübung verkümmert; das Reproduzieren von Fakten oder Handlungen ist das Normale, das Tagefüllende.

Eine Berufsausbildung, die einen emanzipatorischen Charakter haben soll, müßte dem einzelnen neben den beruflichen Fähigkeiten die Fähigkeit zur Bildung (Formung) seines Berufes vermitteln, so daß der einzelne seine auf ihn zugeschnittenen Arbeitsbedingungen findet, in denen er Mensch sein kann. Letztlich müßte es so viele Berufe geben, wie es arbeitende Menschen gibt, damit jeder seine Berufung findet. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Immer mehr Menschen fühlen sich als fremdgesteuerte Arbeitssklaven (auch Selbständige) und sie sind es objektiv auch. Die Fluchtversuche in einen oberflächlichen Konsum, in Alkohol, Fernsehableitung oder in gerade mögliche weitere Bildungsgänge oder die Ausnutzung des falsch geknüpften sozialen Netzes ist eine natürliche Folge.

Der Drang zum Abitur und Hochschulstudium ist sicher zum Teil ein Streben nach höherem Einkommen, Sozialprestige und besseren Berufschancen. Das, was Schüler von der Berufsausbildung und von der Erwerbsarbeit mitgekomen, müssen sie objektiverweise als eine Einengung ihrer möglichen Entwicklung und teilweisen Unterdrückung ihrer Anliegen empfinden. Daß die Aufnahme des Studiums und Vermeidung der nicht akademischen Berufsausbildung oft die Wahl der Traufe statt des Regens ist, spricht sich auch herum. Dies liegt nicht nur daran, daß für gesellschaftlich engagierte junge Menschen das Studium sich meist als ein untaugliches Instrument zur Gesellschaftsveränderung erweist, sondern daß im Studium der Kopf zuviel ohne Hand operiert. Daß das Verlangen nach Handarbeit vorwiegend von

Hochschulstudenten und -absolventen formuliert wurde, ist nicht verwunderlich.

Wer die Universitäten ohne numerus clausus entlasten will, muß die Berufsbildung reformieren.

Es wurde bisher nicht zu viel über Bildungspolitik diskutiert, sondern auf einer Ebene, die den Kernzielen aller politischen Kräfte zuwider läuft. Die eigentliche Arbeit ist noch zu leisten.

2.3.2 Der mangelnde Wettbewerb

Ein Wettbewerb um eine optimale Form der Berufsausbildung ist praktisch ausgeschlossen, weil die Lobby der Verbandsfunktionäre den Gesetzgeber dazu gebracht hat, das in der jetzigen Form überholte duale Berufsbildungssystem festzuschreiben.

2.3.3 Die betriebliche Ausbildung

Die praxisnahe betriebliche Ausbildung ist auch jetzt und in der Zukunft nützlich, nur kann sie nicht oder nur selten den Hauptpart übernehmen, weil die Betriebe im Regelfall so hochgradig spezialisiert sind, daß sie nur jeweils einen kleinen Ausschnitt aus der großen Palette der jeweiligen beruflichen Fertigkeiten vermitteln können. Zu dem kommt die Belastung aus dem Existenzkampf für die Handwerks- und Handelsbetriebe, die eine gezielte Ausbildung unmöglich macht. Von den Verbands- und Kammerfunktionären wird hier Schönfärberei betrieben. Es gibt sicher Betriebe, wo die Ausbildung lobenswert ist, nur eine wissenschaftliche Auswertung der Berichtshefte würde zu Tage fördern, daß diese Betriebe die Ausnahme sind. Es wäre ein Fehlschluß, wenn angenommen würde, hier würde mal wieder gegen Meister und Unternehmer gegiftet. Der Meister alter Prägung, der sowohl Pädagoge wie autonomer Vermittler beruflicher Fähigkeiten war, der die vollen Akkorde der Fertigkeiten auf dem Klavier der betrieblichen Möglichkeiten spielen konnte, ist doch schon lange tot. Der Meister von heute kann doch - etwas überspitzt gesagt - nur noch den Stecker des elektrischen Ausbildungsklavieres in die Dose stecken. Das Programm bestimmen andere. Dies gilt insbesondere für die Meister der überbetrieblichen Ausbildungsstätten der Handwerkskammern.

2.3.4 Die Berufsschulen

Die Situation in den Berufsschulen (egal ob einmal in der Woche oder im zusammenfassenden Block unterrichtet wird) ist für alle Beteiligten nicht weniger frustrierend. Von Pädagogik kann keine Rede sein, diese kann in einem Zwangssystem nicht gedeihen. Die Wissensvermittlung ist weder nach der Einsicht der Lehrer noch an dem Lernbedürfnis der Lehrlinge ausgerichtet, sondern wird von Bildungsfunktionären ferngesteuert. Das, was an politischer Bildung (Staatsbürgerkunde /Gemeinschaftskunde) vermittelt wird, ist zwangsläufig - weil die Berufsschule eine staatliche Veranstaltung ist - so steril, daß das Lernziel „Interesse wecken an sozialen Zusammenhängen und den Grundlagen des Staates“ in sein Gegenteil verkehrt wird. Ich habe noch keinen Menschen kennengelernt, der sich in den Strukturen der Berufsschule wohlfühlt. Guter Wille der Lehrenden und Lernenden versandet immer wieder.

2.3.5 Triales und Monistisches Berufsbildungssystem

Das duale Berufsbildungssystem wird beschworen, obwohl es sich bereits überwiegend zum trialen System entwickelt hat. Die Mängel im dualen Berufsbildungssystem sind schon so lange bekannt, so offensichtlich, daß Abhilfe geschaffen werden mußte, um es formal zu retten. Dies ist geschehen dadurch, daß in überbetrieblichen Lehrgängen die nicht mehr im Betrieb zu vermittelnden Kenntnisse dem Lehrling (Auszubildenden) nähergebracht werden sollen. Eine durchaus lobenswerte Idee. Aber manche Ideeninhalte sterben bereits dadurch, daß nicht die richtigen Mittel der Ausführung gewählt werden. Die Verteidigung des dualen Berufsbildungssystems ist ja wenigstens zum Teil darauf zurückzuführen, daß hier ein Bereich der privatrechtlich organisierten Bildung erhalten bleiben soll. In Wirklichkeit hat man aber eine staatliche Trinität der Berufsbildung mit Unterstützung der Gegner staatlicher Berufsbildung durchgesetzt. Die Berufsschule ist eine staatliche Veranstaltung. Die Kammern als Träger von Berufsbildungsstätten sind eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes, deren Mitarbeiter sich als Öffentlicher Dienst verstehen und deren Mitglieder Zwangsmitglieder sind.²⁰ Die Betriebe (vom Staat drangsaliert und bezüglich der Ausbildung fremdbestimmt) kann man nicht mehr als autonome im Privatrecht verankerte Bildungsvermittler sehen.

Die Bildungsstätten der Kammern machen aus liebenswerten und tüchtigen Meistern

Hampelmänner ohne Kompetenz, an deren Strippe Bürokraten ziehen. Die größte Erniedrigung für die Ausbildungsmeister - die vielleicht als solche gar nicht wahrgenommen wird – besteht darin, daß sie immer wieder die gleichen engmaschigen Programme, die von anderen (nicht selten von Interessenverbänden) formuliert wurden, durchziehen müssen. Für pädagogische Kreativität ist kein Raum. Zwei Beispiele:

In der überbetrieblichen Ausbildung wird mit Arbeitsproben - an und mit denen bestimmte Arbeitstechniken demonstriert und geübt werden sollen - gearbeitet. Die Arbeitsproben haben in der Regel keinen Gebrauchs- oder Schmuckwert. Ist die Arbeitsprobe für den Lernenden irgendwie nützlich, ist seine Motivation zum Lernen im allgemeinen höher.

In einem mir berichteten Fall wollte der Ausbildungsmeister die Arbeitsprobe so konstruieren lassen, daß sie ein funktionales Ganzes ergäbe. Hierzu fehlte an zusätzlichem Material jeweils eine Schraube. Die 13 Schrauben wurden ihm nicht bewilligt. Sein kleines pädagogisches Experiment fiel aus.

Im anderen Fall vereinbarte ein Berufsschüler des Berufsbereiches Bootsbau mit dem Ausbildungsmeister eines überbetrieblichen Lehrganges, daß er zum Lehrgang eine Form für eine Jolle mitbringen könne. Der Meister hatte sich zwei Stufen in der Hierarchie hinauf abgesichert. Es wurde ein Preis für das Material vereinbart, das über den normalen Lehrgangsverbrauch hinaus verbraucht würde.

Als der Lehrling später - nach Überwindung von Schwierigkeiten - mit der Bootsform angereist war, fiel einem anderen Herrn aus der Handwerkskammer ein, daß der Lehrling ja ein nützliches Ding im Lehrgang anfertigen wolle, das ginge nicht, wo käme man da hin. Der Meister und der Lehrling waren zwar auch davon ausgegangen, daß dem Lehrling durch seinen Einsatz und seine Initiative ein Nutzen entstehe.²¹ Aber auch dem Meister und der Lerngruppe entstehe ja ein Nutzen durch eine vielen Teilnehmern unbekannt, aber berufsnaher Verarbeitung des Lernstoffes. Erfreulicherweise hat sich der Meister gegen den Bürokraten durchgesetzt. Er wurde aber gezwungen, den vereinbarten Preis wesentlich zu erhöhen. Die Freude an dem kleinen pädagogischen Experiment war aber für die Hauptbeteiligten getrübt.

Eine schulische Berufsausbildung wollten die Vertreter Arbeitgeberverbände und die sie unterstützenden politischen Kräfte auf keinen Fall. Unter dem Druck des desolaten Arbeits- und Ausbildungsmarktes wurde doch die schulische Ausbildung eingeführt. Einmal in der Form des Berufsgrundbildungsjahres, zum anderen als Umschulungsmaßnahmen. Der Ansatz ist ja erfreulich und richtig. Nur ist die Durchführung ideal? Das Berufsgrundbildungsjahr ist wiederum eine Veranstaltung des Staates, und der beamtete Ausbilder ist ein unfreier Pädagoge, der folglich das nicht vermitteln kann, was die jungen Menschen suchen.

Die Umschulungen werden in monistischen Berufsbildungsstätten oder Kursen der Gewerkschaften, Handwerkskammern und Stiftungen durchgeführt. Für die Umschulungen der Kammern gelten alle Bedenken, die gegen staatliche Bildungsveranstaltungen vorgetragen wurden. Ansonsten ist es wünschenswert, daß die verschiedensten Träger für berufliche Bildung entstehen, wenn die pädagogische Freiheit der Ausbilder und Lehrer gewährleistet ist. Ausbilder sind nämlich auch dann Marionetten, wenn die Fäden in den Händen von Verbandfunktionären oder mächtigen Geldgebern liegen. Es ist auch so, daß eine gewerkschaftliche Bildungsstätte oder eine etablierte Stiftung viel leichter staatliche Förderung erhält als eine nicht eingebundene Initiative von Ausbildern und Lehrern. Es ist hier so wie in der Wirtschaft, die Großen bekommen wesentlich leichter Subventionen als die Kleinen. Ein ungelöstes Problem der monistischen Berufsausbildung im schulischen Berufsgrundbildungsjahr und den Berufsbildungsstätten liegt in der beklagten mangelnden Motivation der Lernenden (auch der Lehrenden?). Zum Teil hat dieser Mangel seine Ursachen darin, daß auch hier vorwiegend an und mit Arbeitsproben ausgebildet wird.²²

2.3.6 Warum gibt es keine Unternehmen für Berufsausbildung?

In den kleineren handwerklichen, kaufmännischen und industriellen Unternehmen wurden Abteilungen wie Steuern, technische Entwicklung, Marketing, Buchführung zum Teil ausgelagert oder gar nicht erst gebildet. Für diese Aufgaben entstanden selbständige Unternehmen, die ihre Leistungen für Entgelt den reduzierten Unternehmen anbieten. Warum wird die Möglichkeit der Ausbildungsauslagerung in selbständige Unternehmen nicht praktiziert? Dies kann doch nicht nur im § 5 (2) 1. begründet sein, der eine Vereinbarung für nichtig erklärt, die den Auszubildenden ver-

pflichtet, für die Berufsausbildung eine Entschädigung zu zahlen. (Ist dies wirklich eine Bestimmung, die den Lehrling schützt und dem Meister Gerechtigkeit widerfahren läßt? Zwischen einer Vergütung des Lehrlings und einer Vergütung des Meisters sollte doch eigentlich eine breite Palette der Gestaltungsmöglichkeiten bestehen, je nachdem, ob der Anteil der Lernens oder der Anteil der Produktivarbeit beim Lehrling (Azubi) dominiert. Niemand verlangt vom beamteten Lehrer, er solle unentgeltlich Wissen vermitteln). Ich vermute eher, daß die Immobilität in der Berufsbildungspolitik ihre Ursache im Strukturkonservatismus hat, der besonders ausgeprägt sein kann bei einem, der sich als Linker versteht.

2.3.7 Ist Hilfe von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften zu erwarten?

Diese Frage soll offen bleiben. Zu bedenken ist nur, daß die Funktionäre beider Organisationsgruppen in gleicher Weise die (in ihrer heutigen Art) unfreimachenden Institutionen Schule und Betrieb durchlaufen haben und in stark hierarchisch strukturierten Organisationen verwurzelt sind, so daß zu vermuten ist, daß diese sich gar nicht mehr einen autonomen, freien arbeitenden Menschen vorstellen können. Wenn beide Organisationsgruppen eine emanzipatorische Politik betreiben würden, dann müßten sie sich mit der Zeit überflüssig machen. Die Arbeitgeberverbände haben heute doch bezüglich der Ausbildung die Aufgabe, die Produktion von funktionierenden Arbeitnehmern, nicht den unternehmerischen Menschen, sicherzustellen, auch wenn das nicht in ihren Satzungen steht und die Reden der Repräsentanten formal diese Behauptung Lügen strafen. Und die Gewerkschaften können doch nur dann stark sein, wenn die Arbeitnehmer aus ihrer Unfreiheit und Schwäche heraus Zuflucht in der Gewerkschaft suchen. Eine Politik, die die Arbeitnehmer emanzipiert, bedeutet eine Schwächung der Organisation und somit einen Machtverlust der Funktionäre. Da diese eben auch reduzierte Menschen sind und die Teilhabe an der Macht ein Korsett für sie ist, das ihnen den aufrechten Gang ermöglicht, kann erst dann eine Haltungsänderung eintreten, wenn ihnen andere Wege gezeigt werden, wie sie zu Vollmensch werden.²³

Interessenvertretende Organisationen, die ja immer eine Neigung haben, sich von den Interessen ihrer Mitglieder abzuheben, verhalten sich wie neurotische Mütter, die die geistig-seelische Abnabelung zu verhindern versuchen.

„Das beste Mittel, um den menschlichen Willen unter der zunehmend ordnenden Tätigkeit des eigenen Verstandes zu entwickeln, ist die handwerkliche Tätigkeit, und dort wiederum besonders die künstlerische. Es wäre also zu überlegen, inwiefern die Bildungseinrichtungen, die die Familienerziehung ergänzen sollen, ihr Augenmerk darauf richten, die Entwicklung des tätigen Menschen im gesunden Gleichgewicht mit der des denkenden zu ermöglichen.“²⁴

3 Anforderungen an eine neue Berufsbildung

3.1 Es gibt keine neutrale Pädagogik

„Erziehung kann niemals neutral sein. Entweder ist sie ein Instrument zur Befreiung des Menschen oder sie ist ein Instrument seiner Domestizierung, seiner Abrichtung für die Unterdrückung.“²⁵

Eine Pädagogik der Befreiung kann aber nicht vom Staat organisiert werden, weil sie sich gegen unbotmäßige Machtansprüche richtet. Konzentrierte Macht wird aber außer von wirtschaftlichen Monopolisten und Großverbänden vom Staat zur Einengung oder Unterdrückung des Individuums eingesetzt. Schon der Pädagoge Johann Heinrich Pestalozzi forderte bereits Ende des 18. Jahrhunderts Einhalt der Gesetzgebung und statt dessen die Schaffung wirklich menschenwürdiger Lebensverhältnisse.²⁶

Pädagogen / Ausbildergemeinschaften einer Einrichtung müssen von einer philosophischen, religiösen oder politischen Idee getragen werden, wenn sie nicht wie ein Schiff ohne Ruder auf dem Meer sein wollen. Es ist ein Irrtum anzunehmen, staatliche Schulen seien weltanschaulich neutral. Sie sind auch keine Einrichtungen der aktiven Toleranz, in der jeder Lehrer seine Weltanschauung offen als Bereicherung des Ganzen einbringen kann. Es findet im Regelfall ein Versteckspielen und eine gegenseitige weltanschauliche Diffamierung statt.

Es war eben ein Irrtum, das Monopol auf Weltanschauung der Kirchen in den Bildungseinrichtungen durch die Scheinneutralität des Staates abzulösen. Was hier erforderlich ist, ist eine aktive Wettbewerbspolitik der Ideen und Anschauungen.

3.2 Recht auf Freude und Recht zum Fragen nach dem Sinn

Der junge Mensch hat ein Recht darauf, sich auf die Berufsausbildung freuen zu können. Dies kann nicht dadurch erreicht werden, daß er verwöhnt und als Kind behandelt wird, dem man nichts abverlangen kann, sondern daß er als ganzer Mensch in die Berufsausbildung aufgenommen wird, daß ihm Hilfen bei der beruflichen und geistigen Orientierung gegeben werden. Die Berufsausbildung muß Raum haben für Abenteuer, die seine geistigen, sozialen und körperlichen Fähigkeiten fördern. Die Arbeiten sollten möglichst immer Ernstcharakter haben, damit sich ein Selbstwertbewußtsein aus einer Leistung herausbilden kann.

Die praktische Arbeit, das Erleben des Lernortes Betrieb bringt für den Auszubildenden neue Fragen über die Berufsausbildung im engeren Sinn hinaus und läßt alte Fragestellungen aus der Zeit der Schule in neuem Lichte erscheinen. Das Finden von Antworten auf die nicht fachspezifischen Fragen gehört genauso zur Bewältigung des Lebens (auch des Berufslebens) dazu wie die Aneignung von beruflichen Fertigkeiten.

Wenn die Selbstverwirklichung²⁷ des individuellen Lebens ein anzustrebendes Lebensziel ist, dann ist nach Elternhaus und Schule die Berufsausbildung dafür die weitere tragende Säule.

„Wir wissen, daß heute sehr viele Menschen an einem Gefühl der Sinnlosigkeit ihres Lebens leiden. Die verbreitete Drogensucht muß zu einem erheblichen Teil als krampfhaft oder gar verzweifelte Reaktion auf das Scheitern des Versuches, eine Antwort auf die Sinnfrage zu erhalten, erkannt werden“, schreibt Peter Paal in dem Artikel „Auf der Suche nach Sinn“ (in „die barmer“ 1/82). Und er zitiert Stefan Zweig mit folgenden Worten: „Um glücklich, um schöpferisch zu werden, bedürfen die Menschen immer wieder Bestärkung durch den Glauben an den Sinn ihres Daseins.“ Die Sinnfindung und die Selbstverwirklichung sind aber wohl nur zwei Seiten einer Münze. Nach der Enzyklika *Laborem exercens* von Papst Johannes Paul

II. verwirklicht sich der Mensch in der Arbeit, und die Arbeit hat dem Menschen Würde zu geben. Weil dem so ist, ist nicht nur eine neue Wirtschaftspolitik, die Arbeitslosigkeit und Ausbeutung zu einer historischen Erscheinung macht, erforderlich, sondern auch eine neue Berufsausbildung, die nicht ohne Änderung ihrer Struktur und Finanzierung zu haben ist.

3.3 Erleichterung der Berufswahl

Die Wahrscheinlichkeit, die richtige Wahl der Berufsausbildung nach Inanspruchnahme einer Berufsberatung zu finden, ist nicht groß (womit nicht die Leistungen der Berufsberatung der Arbeitsämter herabgesetzt werden sollen). Nur ist es etwas anderes, ob ein junger Mensch über Berufe informiert wird oder ob er sie fühlend, riechend und hörend erlebt. Die Einrichtung des Berufsvorbereitungsjahres sollte daher nicht nur eine Möglichkeit jener Jugendlichen sein, die durch unser Schulsystem entwürdigt wurden, indem ihnen bescheinigt wird, daß sie ohne Schulabschluß Menschen minderer Klasse sind, sondern es sollte eine Möglichkeit des Experimentierens und Orientierens für alle Jugendlichen werden.²⁸

Die Beratung sollte hier eine begleitende sein. Wobei der Monopolanspruch der Bundesanstalt für Arbeit auf Berufsberatung und Arbeitsvermittlung aufgehoben gehört.

3.4 Breite Ausbildung

Da die spätere konkrete Arbeitssituation nicht prognostiziert werden kann und auch die Neigungs- und Interessenlage bezüglich des beruflichen Einsatzes selten zum Beginn der Ausbildung feststehen, sollte das, was unter der Stufenausbildung bereits theoretisch erarbeitet wurde und zum Teil auch praktiziert wird, weiter ausgebaut werden. Die Basis einer Berufsausbildung in fachlicher und allgemeinbildender Hinsicht kann gar nicht breit genug angelegt sein. Eine Spezialisierung kann sich dann an konkreten Arbeitsmöglichkeiten orientieren. Ergänzungsspezialisierungen sind dann ebenfalls leichter zu bewältigen.

3.5 Training zur Übernahme verschiedener Rollen

Eine Berufsausbildung hat von den Interessen der Lernenden auszugehen, und nicht von jenen der „Wirtschaft“. Die Gesellschaft kann nur fordern, daß am Ende des

Bildungsprozesses keine lebensunfähigen Menschen die Gemeinschaft belasten.

Unbotmäßige Forderungen der Jugendlichen an die Gesellschaft müssen durch eine Umstrukturierung des Sozialen Netzes - in dem mehr das Gegenseitigkeitsprinzip zum Zuge kommt - der Boden entzogen werden.

Es muß jedenfalls sichergestellt werden, daß der junge Mensch am Ende seiner vorläufigen Ausbildung psychisch und intellektuell in der Lage ist, die Rollen als Selbständiger, Gesellschafter, Partner oder Genosse zu übernehmen. Er muß in die Lage versetzt werden, gestaltend in seine Arbeitsbedingungen einzugreifen, wie bereits an anderer Stelle gesagt wurde.

3.6 Training von sozialem Verhalten

Wichtig ist, daß die jungen Menschen (und nicht nur diese) lernen, daß ein sozialer Zusammenhalt einer Gemeinschaft nicht möglich ist, wenn das Wort keine Verbindlichkeit hat und die Handlung nicht mit Zuverlässigkeit gepaart ist.²⁹

Es gilt aber auch zu lernen, sachlich unangemessene Ansprüche Dritter zurückzuweisen und seine Freude in Handlungen zu finden, die den Begriffen Solidarität, Nächstenliebe und Kameradschaft zuzuordnen sind.

Eine Pädagogik wird dann am wenigsten mit Druckmitteln arbeiten müssen, wenn im Regelfall Leistung und Gegenleistung im direkten Verhältnis zueinander stehen und wenn ein Fehlverhalten auf seinen Verursacher zurückfällt.

3.7 Autorität

Das Thema Autorität wird in der Erziehung, Bildung und Arbeit wohl nie ausdiskutiert sein. Ein neues Bildungssystem ist aber bereits ein altes, wenn die Autorität in ihm ausschließlich oder hauptsächlich von der Stellung in der Organisationshierarchie abgeleitet wird. Sicher ist es auch erforderlich, für bestimmte Vorgänge (z. B. Feuerwehr im Einsatz usw.) eine Handlungssicherheit dadurch herzustellen, daß die Funktionsträger von der Organisation mit der erforderlichen Autorität ausgestattet werden. Nur höherrangig sollte die Autorität des Argumentes sein, und zwar nicht nur in Richtung vom Meister zum Lehrling, sondern auch in entgegengesetzter Richtung, was vom Meister eine gute Portion Reife und Selbstvertrauen voraussetzt. Das,

was als natürliche oder personale Autorität zu bezeichnen ist, läßt sich nicht verordnen und auch nur bedingt durch Lehren vermitteln. Auch jene, die im Besitz der natürlichen Autorität sind, haben sie nicht mit Gültigkeit für alle Lernenden, sondern nur für bestimmte. Ein natürliches Autoritätsverhältnis wird sich nur einstellen, wenn sich bestimmte Charaktere freiwillig zueinander ordnen können.

Wenn auch hier die Freiheit der Personen gewährt wird, dann kann sich Autorität auch mit Achtung oder Zuneigung paaren.

Ein Ausbildungsverhältnis sollte daher zwischen den Auszubildenden, dem Ausbilder und dem Träger der Ausbildung durch einen freien Vertrag begründet werden. Wenn die Freiwilligkeit eines Teiles nicht gegeben ist, muß der Vertrag nichtig sein. Zuweisungen, z. B. Durch das Arbeitsamt, darf es daher nicht geben.

3.8 Überwindung der Berufskategorien weiblich/männlich

Es ist sicher eine unsinnige Forderung, die Ausbildungsplätze aller Berufe proportional nach den Geschlechtern aufzuteilen. Es ist aber auch unsinnig, eine gegebene Zuordnung der Berufe nach den Geschlechtern beizubehalten.

Eine neue Berufsbildungspolitik muß Frauen noch mehr ermuntern, sogenannte Männerberufe zu erlernen und auszuüben und Männer ermuntern, nicht vor dem Etikett „Frauenberuf“ zurückzuschrecken.

3.9 Kein Monopolanspruch

Kein Ausbildungssystem und kein Träger hat einen Anspruch auf ein Monopol. Nicht der Staat (auch nicht in Form der Kammern) ist Schiedsrichter über die Qualität der Ausbildungsarten, sondern der Wettbewerb.

3.10 Neue rechtliche Definition des Begriffes Bildung

Eine neue Bildungspolitik erfordert die Aufhebung

- 1) der Unterscheidung der Begriffe nach allgemeiner und beruflicher Bildung und
- 2) allgemeiner Erwachsenenbildung und beruflicher Erwachsenenbildung als jeweils gesonderte Rechtskategorien.

Bildung ist ein Begriff für einen lebenslangen Lernprozeß, der aus methodischen

Gründen gliederbar ist. Eine juristische Unterscheidung nach Arten der Bildung hat eine unterschiedliche staatliche Finanzierung zur Folge, die wiederum die pädagogische Freiheit stark einschränkt.

3.11 Technologiekritisch statt -feindlich

Es gibt wohl nur wenige Berufe, die nicht von der Entwicklung der Technik berührt wurden oder werden. Die Umweltbelastung für Mensch, Tier und Pflanze und die Schaffung eines wahnwitzigen militärischen Zerstörungspotentials haben viele Menschen technologiekritisch gemacht. Da nun auch noch der Technik aufgrund der von ihr ermöglichten Rationalisierung die Arbeitslosigkeit angelastet wird, besteht die Gefahr, daß die technologiekritische Haltung in eine feindliche umschlägt. Eine generelle Technologiefindlichkeit ist für den Menschen aber genauso eine Gefahr wie Technologegläubigkeit. Eine Berufsausbildung hat zu einer kritischen Distanz zu der jeweils angewandten Technik zu erziehen. Sie hat deutlich zu machen, daß nicht alles, was technisch möglich ist, auch human und ökologisch ist. In einer neuen Berufsbildung wäre aber auch deutlich zu machen, daß man z. B. die ökonomischen Probleme nicht dadurch leichter löst, indem man sie fälschlicher- oder verschleiern-derweise der Technik zuordnet.

Die hochgradige industrielle Arbeitsteilung hat nun wahrhaft für die in sie eingespannten Menschen nichts Schöpferisches mehr an sich. Sie kann aber, wenn die vorhandenen Lösungsvorschläge für die ökonomischen Probleme im Bereich der Zirkulation und Verteilung politisch durchsetzbar werden, eine Befreiung für schöpferische Arbeit bringen. Roboter können eine Befreiung von menschenunwürdiger Arbeit bringen. Oswald von Nell-Breuning SJ stellt sich vor, „daß wir dahin kommen werden, daß zur Deckung des gesamten Bedarfs an produzierten Konsumgütern ein Tag in der Woche mehr als ausreicht. Es wird auch dazu kommen, daß eine Auffassung, die wir bisher als - ich möchte sagen - eine ewige Kategorie angesehen haben, sich als eine historische Kategorie erweisen wird, nämlich, daß der Beruf des Menschen in jener Tätigkeit besteht, durch die er sein Brot erwirbt. Durch die steigende Arbeitsproduktivität wird der Beruf geradezu zur Nebenbeschäftigung werden. Und der Beruf, daß der Mann Ehegatte seiner Frau ist oder Frau Gattin ihres Mannes und daß die beiden Vater und Mutter ihrer Kinder sind und daß der Mensch sich um öffentliche Angelegenheiten kümmert - also das, was früher einmal nur das

Privileg der Honoratioren war -, daß das des Menschen Leben mit Sinn erfüllen wird und die Beschaffung der zur Erhaltung und auch zur Bereicherung und Verschönerung des Lebens dienenden Güter weit in den Hintergrund treten wird.

Das ist nicht nur 'schwer begreiflich', sondern auch schwer zu verwirklichen, meines Erachtens aber zwingend notwendig.“³⁰

Ich selber stelle mir die Entwicklung so vor, daß eine mechanistische Arbeit im Büro oder der Werkstatt (Werkhalle) höher bezahlt wird als solche, die eine durchschnittliche Kreativität voraussetzt oder ein hohes Prestige verleiht und daher zeitlich verkürzt werden kann und für diese Menschen der eigentliche Beruf (das Schöpferische) in die Freizeit verlegt werden wird. Jene Menschen, die das Glück haben, mit einer schöpferischen Arbeit ihr Brot zu verdienen, werden in der Regel pro Zeiteinheit bei starkem Zustrom in die Kreativarbeit mit einem geringeren Arbeitserlös auskommen und daher bei gleich umfangreichen Konsumwünschen eine längere (Erwerbs-)Arbeitszeit pro Woche haben.

Die Weiterentwicklung der Technik und der Sozialwissenschaften unter Berücksichtigung der neuen humanen und ökologischen Gesichtspunkte kann durchaus dazu beitragen, daß der Mensch morgen naturnäher und schöpferischer leben kann. Die Handwerkskunst, das Kunsthandwerk und die Kunst in ihren verschiedenen Ausdrucksformen bis hin zum sozialen Kunstwerk werden durch diese Entwicklung nicht überflüssig, sondern geradezu aus ihrer Aschenbrödel-Stellung befreit werden.

3.12 Auspendeln der Bewertung von Hand- und Kopfarbeit

Es soll ja Zeiten gegeben haben, da war es ein Zeichen höheren Standes, wenn die weiße Haut des Europäers von der Sonne ungebräunt war, weil es ein Beweis dafür war, daß man nicht körperlich (draußen) arbeiten mußte. Heute sind die Zeichen umgekehrt, denn der arbeitende Mensch ist in der Regel vom Sonnenlicht ausgeschlossen. Das Zwei-Klassen-Sozialversicherungsrecht hat dann mit dazu beigetragen, daß die Arbeitnehmer in Kopf- und Handarbeiter, in Beamte und Angestellte einerseits und Arbeiter andererseits aufgeteilt und die Kopfarbeiter gesellschaftlich besser gestellt wurden. Diese Höherbewertung der Kopfarbeit hat wiederum dazu geführt, daß ein Sog zu den Kopfarbeiterberufen entstand, mit der entsprechenden Abwertung der Handarbeit.

Übersehen wird leicht, daß die Mehrzahl der Arbeiten sowohl der Kopf- als auch der Handarbeiter durch die extreme Arbeitsteilung entwertet wurde, und daß die restliche Kopfarbeit, die noch im gewissen Sinn kreativ genannt werden kann, oft aufgrund der mangelnden Erfahrungen durch die Arbeit mit der Hand einen Realitätsverlust hinnehmen mußte.

Die so entstandenen politischen und pädagogischen Theorien haben dann häufig keinen praktischen oder orientierenden Wert mehr. Wenn dann auch noch handwerkliche Techniken, die leichter lernbar sind durch eine praktische Demonstration und durch Üben, ausschließlich abstrakt theoretisch vermittelt werden, ist es nicht verwunderlich, daß sich eine Theoriefeindlichkeit breitmacht und von Kopfarbeitern die Handarbeit romantisch überhöht wird. Hand und Kopf gehören zum ganzen Menschen. Denken und Handeln, Theorie und Praxis sind jeweils die Pole einer Einheit; darum kann es in der Berufsausbildung nie um Kopf- oder Handarbeit gehen, sondern nur um Kopf- und Handarbeit, die dann auch noch einen sozialen Bezug haben sollten.

3.13 Erforderliche höhere Bewertung der praktischen Berufsausbildung

Da das Abitur als staatlich verbrieftes Recht zum Besuch einer Hochschule sowieso problematisch ist, weil es unterschiedliche pädagogische Ansätze durch seinen Normierungszwang zu einem Einheitsbrei vermischt, wäre es sinnvoll, dieses Rechtsinstitut durch eine Hochschuleingangsprüfung zu ersetzen. Der Vorzug wäre, daß dann eine vorherige praktische Berufsausbildung voll mit in die (unterschiedlichen) Aufnahmeprüfungen der Hochschulen eingehen könnten.

Unabhängig hiervon ist zu vermuten, daß von der Bewältigung des theoretischen Stoffes eines Studienganges her gesehen keine zeitliche Verzögerung des Studiums zu erwarten ist, weil eine praktische Berufsausbildung vorweg die Theorieverarbeitung danach beschleunigt. Den zukünftigen Pädagogen (auch oder gerade jenen, die das höhere Lehramt anstreben) sollte allemal geraten werden, vor ihrem Studium eine praktische Ausbildung zu machen und dies nicht nur, weil ihr künftiger Arbeitsplatz unsicher ist, sondern um die unheilvolle Kette Schule - Hochschule - Schule zu durchbrechen.

Die Tvindschulen in Dänemark haben die Konsequenzen aus der herkömmlichen Lehrerausbildung gezogen und die Lehrerausbildung im Wechselspiel zwischen

Hand- und Kopfarbeit selbst organisiert. Sie nennen ihre Pädagogische Hochschule „Das notwendige Seminar“. Als notwendig wird z. B. empfunden, daß die Lehrstudenten einen Teil der Studienzeit in Betrieben unterschiedlicher Art arbeiten.

Motto: Mit Kopf und Hand in der Formulierung von Paulo Freire

„Beim Versuch, den Dialog als menschliches Phänomen zu analysieren, entdecken wir, was das Wesen des Dialogs ausmacht: das Wort. Das Wort ist aber mehr als bloß ein Instrument, das den Dialog ermöglicht. Darum müssen wir seine konstitutiven Elemente ausfindig machen. Im Wort begegnen wir zwei Dimensionen: der 'Reflexion' und der 'Aktion' in so radikaler Interaktion, daß, wenn eines auch nur teilweise geopfert wird, das andere unmittelbar leidet. Es gibt kein wirkliches Wort, das nicht gleichzeitig Praxis wäre.“³¹

4 Modellbeschreibung Freie Berufsbildungs-Assoziation (FBA)

4.1 Einleitung

4.1.1 Handeln auf der Grundlage des Gegebenen

Die Kritik des gegebenen Bildungssystems und die Beschreibung eines künftigen ist eine Sache. In einem engeren Sinne gehört das Niederschreiben von Gedanken auch schon zum Handeln; der politisch-pädagogischen Forderung Denken und Handeln vereint zum Ausdruck zu bringen, genügt aber die schreibende Handlung nicht. Es besteht die Aufforderung, die Denkergebnisse über eine Veröffentlichung (deren Möglichkeit im vorliegenden Fall im Zeitpunkt der Niederschrift völlig ungewiß ist) hinaus zu realisieren. Bezüglich der Berufsbildungsreform gibt es im wesentlichen zwei Wege. Der erste Weg besteht darin, daß versucht wird, über die politischen Parteien die Parlamente zu bewegen, entsprechende Gesetzesänderungen und -aufhebungen vorzunehmen. Es ist ein mühsamer, ungewisser Weg. Der zweite Weg besteht darin, positive Elemente bestehender Gesetze und gesetzliche Freiräume zu nutzen, um ein Berufsbildungsmodell zu entwickeln, das möglichst viele Elemente

aus der Idealvorstellung in die konkrete Form hinüberrettet. Zum Beispiel ist der § 26 (Ziffer 1 bis 4) des Berufsbildungsgesetzes so formuliert, daß der Inhalt Bestandteil der Inhaltsbeschreibung des hier entwickelten Modells sein könnte.³²

Auch der mit § 100 des Berufsbildungsgesetzes geänderte § 27 b der Handwerksordnung ermöglicht eine im Modell vorgesehene Doppelqualifizierung. Und der für die Weiterentwicklung der Berufsausbildung besonders wesentliche Text von Ziffer 3 im § 28 lautet: „Zur Entwicklung und Erprobung neuer Ausbildungsformen und Ausbildungsberufe kann der Bundesminister für Wirtschaft oder der sonst zuständige Fachminister im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung nach Anhören des Bundesausschusses für Berufsbildung durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, Ausnahmen zulassen, die auch auf eine bestimmte Art und Zahl von Ausbildungsstätten beschränkt werden können.“

Bei der konkreten Prüfung der Realisierbarkeit der FBA kann sich herausstellen, daß Teile des Modells nicht oder noch nicht realisiert werden können oder daß für bestimmte Zielgruppen keine Finanzierungsmöglichkeit der Teilnahme besteht; dies ist dann aber kein Grund, auf die Realisierung des Modells überhaupt zu verzichten.

4.1.2 Art der Modellbeschreibung

Um die Herzen zu bewegen, um Spannung beim Leser zu erzeugen und um lästige Wenn und Aber unberücksichtigt lassen zu können, wäre die Beschreibung des Modells in Form einer Utopie angemessen. Und bei Utopie denke ich an Thomas Morus „Utopia“, Theodor Hertzka's „Freiland“, an die Arbeiten von Silvio Gesell „Der abgebaute Staat“ und „Die Wunderinsel Barataria“ und an „Futurum II“ von Skinner. Da ich nicht weiß, ob ich die schriftstellerischen Fähigkeiten dazu habe und ob die Veröffentlichungschancen dadurch steigen und ich außerdem meine Rolle eher als Kulturunternehmer und Bildungspolitiker, denn als Schriftsteller sehe, ist der nachfolgende Text mehr eine Programmbeschreibung, die Lücken für die Phantasie der Leser und Änderungsmöglichkeiten späterer Mitwirker läßt.

4.1.3 Kleines oder großes Modell

Der Umfang oder die Größe eines sozialen Kunstwerkes, wie es die FBA in realisier-

ter Form darstellen würde, hängt von vielen vorher nicht kalkulierbaren Faktoren ab. Es ist wenig sinnvoll, das, was als Ziel formuliert wurde, als kleinmütig oder Größenwahnsinnig zu bewerten. Es gilt im ersten Schritt die Idee vorzustellen, im zweiten Schritt die Realisierungschance zu prüfen, danach die Ziele entsprechend den mobilisierbaren Mitteln zu modifizieren und dann die Ärmel aufzukrempeln.

4.1.4 Wie schützen wir uns vor Schwätzern?

Wie an anderer Stelle schon gesagt wurde, soll zum einen diese Schrift dazu dienen, anderen, die sich mit Bildungspolitik oder der Entwicklung eigener Modelle befassen, als Anregung dienen und zum anderen uns mit möglichen Mitwirkern am beschriebenen Modell in Verbindung zu bringen. Da wir nun schon ungute Erfahrungen bei der Initiierung eines Alternativprojektes insofern hinter uns haben, daß unter den jeweiligen Interessenten viele Schwätzer sind, die über eine interessante Sache reden, aber nicht an ihr arbeiten wollen oder können, sind Vorbehalte sicher verständlich. Es gibt wohl keinen wirklichen Schutz vor den Schwätzern, die man auch als Schulgeschädigte verstehen kann. Aber immerhin können wir - die wir ja den Arbeitsalltag zu bewältigen haben - die Bitte aussprechen, daß uns Leser nur dann persönlich aufsuchen oder mit Anfragen bombardieren, wenn sie unser Anliegen als das ihre erkennen. Wir verstehen uns im jetzigen Stadium nicht als Informanten für Examenskandidaten oder Beratungsstelle für andere Initiativen.

4.2 Ziele der FBA

„Die FBA ist eine gemeinnützige Kulturunternehmung, die berufliche Bildung im Sinne von § 1 des Berufsbildungsgesetzes vermittelt, in der Elemente der Allgemein-, Sozial- und der politischen Bildung integriert sind. In der FBA werden neue Formen der beruflichen Bildung entwickelt und erprobt.“ So ähnlich könnte es in der Satzung der FBA stehen. Dies besagt noch nicht viel und bedarf der mehrfachen Verdeutlichung.

4.2.1 Politische Einordnung

Wenn es richtig ist, daß Pädagogik nicht neutral sein kann, dann ist auch die politische Orientierung der FBA aufzuzeigen. Eine politische Orientierung kann aber keine parteipolitische Bindung bedeuten; diese wäre ein Widerspruch zum Gesamtanliegen. Eine gleichgerichtete politische und geistige Orientierung kann als Forde-

rung selbstverständlich nur gegenüber mitwirkenden Ausbildern und Lehrern gelten und nicht gegenüber Auszubildenden. Diese sollen nur wissen, welcher Geist ihre Ausbildungsstätte prägt. Dabei ist zu erwarten, daß Jugendliche gerade wegen der besonderen Prägung dieser Einrichtung sich für sie entscheiden. Wir, die Initiatoren, möchten an einem Projekt mitarbeiten, das sich als Bestandteil der grünen und der Friedensbewegung versteht und ich, als Verfasser, möchte die Erkenntnisse der Freiwirtschaftsschule einbringen, damit die Ökonomie nicht länger der Ökologie und dem Frieden im Wege steht. Der Begriff Freiwirtschaft bedeutet in unserer Zeit soviel wie weltoffene, dezentrale ausbeutungsfreie Ökonomie.

4.2.2 Angebotspalette

Die FBA entwickelt Angebote:

- 1) der Berufsbildung und -Vorbereitung (einschl. MBSE)
Maßnahmen zur Eingliederung junger Ausländer
- 2) der Berufsgrundbildung
- 3) der Berufsausbildung
- 4) der Berufsumschulung
- 5) der Berufsfortbildung und -Spezialisierung
- 6) der Berufsregeneration und
- 7) integrierte Kurse zur Vorbereitung auf Abschlüsse, die in allgemeinbildenden Schulen nicht erreicht wurden.

4.2.3 Existenzgründung

Die Entwicklung der FBA ist gleichzeitig eine Möglichkeit der freien Existenzgründung der Ausbilder und Lehrer in einer sich selbstbestimmenden Solidargemeinschaft, in der Ideen der alternativen Arbeitsformen eingebracht und ausprobiert werden können.

4.2.4 Neue Form der Kooperation

Gibt es im bisherigen dualen Berufsbildungssystem eine passive Kooperation zwischen Betrieb und Berufsschule, so ist das Verhältnis zwischen den assoziierten Unternehmen und der FBA ein aktives. Die FBA bildet theoretisch und praktisch aus, die angeschlossenen Betriebe ergänzen die praktische Ausbildung durch Praktika mit Ernstcharakter (d. h. Praktikanten haben sich an einem bestimmten

Platz unter normalen Arbeitsbedingungen zu bewähren) und die theoretische in der FBA durch Lehraufträge der selbständigen oder angestellten Meister der Unternehmen.

4.2.5 Ermöglichung von Selbsthilfe

Viele Eltern stehen heute vor der Frage: „Was kann ich tun, damit meine Kinder überhaupt oder einen passenden Ausbildungsplatz erhalten?“ Das „passend“ bezieht sich dabei auf Begabungen und Neigungen der Kinder wie auch auf verfolgte pädagogische Zielsetzungen. Engagierungsfähigen Eltern soll hier die Möglichkeit gegeben werden, sich für die sinnvolle Ausbildung ihrer heranwachsenden Kinder tätig oder finanziell zu beteiligen, ohne daß daraus ein Ausbildungsplatzkauf wird.

4.3 Besondere Ziele der FBA

4.3.1 Pädagogische Anliegen

Zu den pädagogischen Anliegen der FBA können gezählt werden:

- das Setzen von Hoffnungszeichen im Sinne von praktischen Beispielen
- Integration von praktischem und theoretischem Lernen
- die Erlangung der Fähigkeit zum sozialen und unternehmerischen Handeln
- die Befriedigung des Bedürfnisses junger Menschen nach Abenteuer.

4.3.2 Wirtschaftlicher Aspekt

Der Aufbau der FBA kann ein Beitrag zur Entwicklung einer wirtschaftlich unterentwickelten Region sein (Durch eine neue Berufsbildungseinrichtung an sich und durch die angestrebte Kooperation mit gewerblichen Betrieben insbesondere werden Impulse auf das wirtschaftliche Umfeld gegeben).

4.3.3 Entwicklungshilfe besonderer Art

Die Berufsgruppen übernehmen für bestimmte Dörfer, Stadtteile oder Gruppen in einem frei gewählten Entwicklungsland eine Patenschaft. In Dänemark läuft die nichtstaatliche Art der Entwicklungshilfe unter dem Motto „Vom Volke für das Volk“. Die Jugendlichen werden dadurch in die Lage versetzt, als Lernende nicht nur Nehmende zu sein, sondern gleichzeitig Gebende. Entsprechend ihrem Ausbildungsstand produzieren sie unter Anleitung ihrer Ausbilder aus Werkstoffen vom

Schrottplatz und aus neuem Werkstoff für die Patendörfer etc. nützliche Dinge, die nach Möglichkeit selbst überbracht werden sollten. Selbstverständlich können nicht nur Sachen produziert, sondern auch Verfahren (z. B. im Bereich der Landwirtschaft oder Fischzucht) entwickelt werden, die für die Bauern der ausgesuchten Region eine Hilfe sind. Jede Mark, die für eine solche Entwicklungshilfe gespendet wird, hat eine Mehrfachwirkung. Die so eingesetzten Jugendlichen haben eine sinnvolle Aufgabe, sie erlernen Berufsfertigkeiten und soziales Verhalten und es wird konkrete Entwicklungshilfe geleistet.

4.3.4 Reisen

So wie in Bemposta und Tvind. (s. Literaturliste) das Lernen und Arbeiten in Verbindung mit Reisen eine besondere pädagogische Bedeutung hat, so soll auch das Aktiv-Reisen zu Wasser und zu Lande in der FBA einen besonderen Stellenwert haben. Der Bau und die Überholung von Booten und die Aufarbeitung alter Busse gehören zum Programm. Die Anschaffung eines Seeschiffes für Transport der eigenen und fremden Entwicklungshilfegüter, für ökologische Beobachtungen, seemännische Ausbildung und Experimente mit Flettnerrotoren muß nicht im Bereich von Wunschenken bleiben.

4.3.5 Möglichst späte Spezialisierung

Die breitangelegte Berufsausbildung innerhalb eines Berufsfeldes im Berufsgrundbildungsjahr sollte in der FBA auch noch im zweiten Jahr der Berufsausbildung durchgehalten werden, weil zu Beginn der Ausbildung die Interessen- und Begabungsschwerpunkte und die Arbeitsmarktchancen noch nicht feststehen.

4.3.6 Doppel- oder Ergänzungsqualifikationen

Wenn irgendetwas möglich und gewünscht, sollte bei möglichst geringer Ausbildungszeitverlängerung eine Doppel- oder Ergänzungsqualifikation angeboten werden, z. B. Landwirt und Gärtner, Autoschlosser und Lackierer.

Künftige Kaufleute, die im technischen Bereich tätig werden wollen, sollten parallel zu ihrer Ausbildung einen technischen Beruf erlernen können.

4.3.7 Vorschalt- und Experimentierberuf

Die Ausbildung zum Bootsbauer kann für das Modell FBA besonders interessant werden. Von der Nachfrage nach Bootsbauern her gesehen, könnte dieser Beruf glatt übersehen werden. Da aber die Ausbildung eine integrierte Einführung in die Werkstoffe Holz, Metall und Kunststoff und den jeweiligen Verarbeitungstechniken ist und der Bootsbauerberuf beim Jugendlichen eine emotionale Begeisterung wecken kann, ist er besonders geeignet als Vorschaltberuf für das Ingenieur-, Pädagogik- und Sozialpädagogikstudium und ebenso für den Beruf des Seemannes und Binnenschiffers geeignet.

Bei direkter Anwendung bieten sich auch wieder Doppel- oder Ergänzungsqualifikationen an: Bootsbauer und technischer Zeichner oder Motorenschlosser, Elektriker, Kunststoffwerker, Segelmacher, Lackierer.

4.4 Standort und Erscheinungsbild

Da die Idee besteht, der FBA einen maritimen Charakter zu geben, ist ein Standort an der Küste oder an den Wasserstraßen, die zur Nord- oder Ostsee führen, zweckmäßig. (Die Ansiedlung an das Mittelmeer oder einen Ozean käme ja nur dann in Betracht, wenn eine Realisierung aufgrund fehlender Freiheitsgrundlagen bei uns in der Bundesrepublik nicht möglich ist. Das Projekt läßt sich so umformulieren, daß daraus ein Entwicklungshilfeprojekt insgesamt wird.)

Da der Ackerbau außer aus berufsbildenden Gründen und solchen der Selbstversorgung auch aus pädagogischen Gründen betrieben werden sollte, muß bei der Standortwahl auch dieser Aspekt berücksichtigt werden. Vielleicht wäre es das Sinnvollste, ein solches Projekt in Ostfriesland anzusiedeln.

Das Erscheinungsbild der FBA kann unterschiedlich sein, es hängt von den Möglichkeiten, die sich ergeben, und den Vorstellungen der künftigen Mitwirker ab. Es ist denkbar, daß die Werkstätten, Unterrichtsräume und Wohneinheiten sich verstreut in einer Kleinstadt befinden, daß z. B. leerstehende Fabriken, Schulen etc. genutzt werden können. Es ist aber auch möglich, daß sich ergibt, daß sich die FBA als ökologisches Dorf mit autonomer Versorgung aufbauen läßt. Aber möglich ist auch, daß eine leerstehende Kaserne für ein solches Projekt zur Verfügung gestellt werden kann.

4.5 Lernorte

Aus dem bisher Beschriebenen läßt sich ableiten, daß es für die Auszubildenden der FBA eine Vielzahl von Lernorten gibt. Die Hauptlernorte werden sein: die Schulwerkstätten, die Baustellen, die Äcker, das Schiff, die Klassenräume und die Werkstätten der angeschlossenen Unternehmen.

4.6 Forschungs- und Beratungsstelle / therapeutischer Dienst

Um wissenschaftliches Arbeiten vor Ort sichtbar machen zu können und auch um Forschung und Handwerk direkter zu verknüpfen, wäre die Einrichtung einer Forschungs- und Beratungsstelle eine sinnvolle Ergänzung. Beansprucht werden könnte diese Stelle dann nicht nur von den anderen Abteilungen der FBA, sondern ebenfalls von den assoziierten Mitgliedsunternehmen.

Welche Gestalt die Forschungsstelle letztlich haben wird, ist schwer vorherzusagen. Ich denke aber, daß deren Mitarbeiter die Bereiche Pädagogik / Soziologie, Ökologie / Technik und Betriebswirtschafts- / Volkswirtschaftslehre abdecken sollten. Der therapeutische Dienst (Medizin und Psychotherapie) hätte neben der heilenden eine lehrende Aufgabe zu übernehmen.

4.7 Strukturelemente

4.7.1 Mitglieder

Die künftigen Mitglieder lassen sich in folgende Gruppen aufteilen: angestellte Mitarbeiter, assoziierte Unternehmen, Eltern von Auszubildenden, natürliche und juristische Personen, die das Projekt aus bildungspolitischen oder humanitären Gründen mit tragen wollen.

4.7.2 Organe

Die Organe ergeben sich zum Teil aus dem Vereins- oder Gesellschaftsrecht und zum Teil aus den intern gewollten Mitgestaltungsrechten und der sich daraus ergebenden Verantwortung. Bevor dazu Beschlüsse gefaßt werden, sollten sich die Mitglieder andernorts umsehen, z. B. in Waldorfschulen oder in Tvind.

4.7.3 Kooperation

Daß eine Einrichtung wie die hier beschriebene FBA mit gleichgerichteten Einrichtungen kooperieren sollte, versteht sich von selber, denn Widerstände, Anfeindungen von außen und interne Probleme wird es genug geben.

Kooperationspartner könnten aber auch sein: Universitäten im Umfeld, Institute der Berufs- und Berufsbildungsforschung, alternative Forschungsinstitute, Kommunen und Einzelpersonen in Entwicklungsländern, freie Heimvolkshochschulen im In- und Ausland.

4.7.4 Finanzierung

Eine Idee, die Begeisterung auslösen kann, und der Wille von Einzelmenschen, die sich zu einer verschworenen Gruppe zusammengeschlossen haben, können viel bewirken, nur ohne Geld (und Geld bedeutet Ansprüche auf Güter, die im Markt sind) läßt sich ein solches Projekt nicht realisieren.

Die laufenden Kosten müssen aus Mitteln gedeckt werden, die nach dem Arbeitsförderungsgesetz (und anderen Gesetzen) zu zahlen sind. Eine Spezialisierung auf Kinder jener Eltern, die auf eine staatliche Zuwendung nicht angewiesen sind, ist auch möglich, für uns aber auf keinen Fall wünschenswert. Wo eine Selbstbeteiligung der Eltern und Auszubildenden an den laufenden Kosten sinnvoll und zumutbar erscheint, sollte diese auch durchgeführt werden.

Die Investitionskosten sollten nach drei Arten unterschieden werden und auch unterschiedliche Vermögensträger dafür gebildet werden. Für den Boden (Ackerland / Bauland) ein Bodenfonds oder eine Bodengenossenschaft, für die Gebäude ein Immobilienfonds (hier ohne Boden),³³ und das Inventar (Möbel und Maschinen) kann dann dem Rechtsträger der FBA direkt zugeordnet werden. Die Mittel müssen dann aufgebracht werden durch: Zeichnung von Anteilen, Schenkung von Mobilien und Immobilien, staatliche Investitionszuschüsse, Spenden und Darlehen.

4.8 Gemeinsame Informationsplattform / Literaturhinweise

Nicht jeder tüchtige Ausbilder oder interessierte Pädagoge und Kooperationspartner wird große Neigung haben, sich erneut mit der Informationsbeschaffung abzulagen.

Vor allem deshalb nicht, weil der Wunsch nach unmittelbarem praktischem Handeln im Vordergrund stehen wird. Ein Modell, daß auf Mit- und Selbstbestimmung ausgerichtet ist und nicht auf Anordnung und Arbeitsanweisung, kann nur dann realisiert werden, wenn der größere Teil der Mitarbeiter zur Informationsbeschaffung und Verarbeitung in der Lage ist. Ist der Informationsstand zu ungleich, dann müssen sich einzelne den Mund fusselig reden. Die Gefahr, daß dann alles zerredet wird, ist dabei nicht zu unterschätzen.

4.8.1 Kenntnis über Institutionen

Es ist also wichtig, daß der mögliche Mitgestalter dieses Projektes Informationen über Institutionen, die mit Bildung und Ausbildung zu tun haben, mitbringt oder sich beschafft. Nachfolgend ist eine unvollständige Liste aufgeführt:

Arbeitsamt / Arbeitslosenzentrum / Berufsschule / Berufsbildungsstätte (überbetriebliche Ausbildung) / Berufsbildungswerk (Umschulung) / Betrieb / Bundesinstitut für Berufsbildung / Erziehungsheim / Jugenddorf / Fernlehrinstitut / Handwerkskammer / Heimvolkshochschule / Industrie- und Handelskammer / Innung / Kultusministerium / Partei / Reisende Werkschule Scholen bei Sulingen / Tvindschulen in Ulfborg, Dänemark / Waldorfschule.

4.8.2 Gemeinsame Literaturbasis

Wenn hier jetzt eine Anzahl von Titeln genannt wird, dann ist damit nicht gefordert, daß Interessenten darüber examiniert werden sollen. Wie schon gesagt wurde, geht es um die Schaffung einer gemeinsamen Informationsbasis. Es kann weitere bereichernde Literatur eingebracht werden. Es gilt festzustellen, wie eng oder weit der gesetzliche Rahmen für ein solches Projekt gesteckt ist. Also müssen die entsprechenden Gesetze studiert werden. Dann ist der neueste Diskussionsstand über die Berufsbildungsfinanzierung und über berufliche Bildung zu erarbeiten. An dieser Stelle können nur drei Titel genannt werden:

„Berufliche Vollzeitschulen in der bildungspolitischen Diskussion“ von Lothar Beinke u. a. Beiträge in „Aus Politik und Zeitgeschehen“ Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 48/79, „Loccumer Protokolle“ 14/1980 „Qualitative Ungleichgewichte in der Berufsausbildung“ und „Außerbetriebliche Berufsausbildung“ in „Im Brennpunkt“ Herausgeber : GEW Hauptvorstand.

Für die pädagogische und politische Inhaltsfindung seien hier genannt:

1) rororo Sachbuch-Reihe

Nr./Autor/Titel

6690 Neil, Das Prinzip Summerhill

6704/6705 Summerhill: Pro und Contra

x 6830 Freire, Pädagogik der Unterdrückten ³⁴

6904 Lindenberg, Waldorf schulen

6985 Die Rudolf Steiner Schule Ruhrgebiet

7058 Freire, Erziehung als Praxis der Freiheit

x 7136 Rist/Schneider, Die Hiberniaschule (von der Lehrwerkstatt zur Gesamtschule: eine Waldorf schule integriert berufliches und allgemeines Lernen

7261 Dick, Alternativschulen

7367 Freinet, Pädagogische Texte

x 7445 Möbius, Die Kinderrepublik

2) Verschiedene Verlage

x Ivan Illich, Entschulung der Gesellschaft, Kösel Verlag

Hartmut von Hentig, Cuernavaca oder: Alternativen zur Schule?

Klett/Kösel

x Michael Behr/Werner Jeske, Schul-Alternativen

Modelle anderer Schulwirklichkeit, 1982, Pädagogischer Verlag

Schwann, Düsseldorf

Aber auch folgende Titel erscheinen uns im Themenzusammenhang erwähnenswert:

A. S. Makarenko, Der Weg ins Leben, Aufbau-Verlag Berlin

Anthony Storr, Lob der Aggression, Erkenntnisse der Verhaltensforschung, Econ

Friedrich Salzmänn, Bürger für die Gesetze, Verlagsgenossenschaft Freies Volk, Bern (Salzmänn setzt sich bereits 1949 mit dem Thema "Schule - Staat" auseinander).

Bruno P. Schliephacke, Pestalozzi der Rebell, Zitzmann Verlag,

Lauf zu beziehen über Chr. Gauke Verlag, Hann.Münden.

Und um die eigene politische Zielsetzung zu verdeutlichen,
sei nochmals hingewiesen auf:

1) Arbeitskreis für Sozialwissenschaft, Bad Boll, Boslerweg 17

x DIE ORDNUNG der Kultur, des Staates und der Wirtschaft -
sieben Thesen.

2) Tristan Abromeit, Der Dritte Weg - Die natürliche Wirt-
schaftsordnung - Ein programmatischer Beitrag für die grüne
Bewegung, Arbeitskreis Dritter Weg 1980, \$22-1 Eberholzen

5. Schlußbemerkungen

Ohne Träume, ohne Utopien ist das menschliche Leben arm. Vorstellungen zu entwickeln von neuen Zusammenhängen, ist besonders in einer Zeit erforderlich, in der vieles fragwürdig oder einfach unpraktisch, entwicklungshemmend, antiliberal und inhuman geworden ist.

Einen Teil unserer guten Träume müssen wir aber wahr machen, sonst wirken sie nur wie ein Rauschgift. Wenn es mir mit diesen Zeilen auch nur gelungen ist, Stoff für neue Träume zu liefern, wäre es schon ein Erfolg. Ich denke aber, daß das, was ich aufgezeigt habe, so realutopisch ist, daß sich genügend Mitstreiter für eine neue Berufsbildungsrealität finden werden. Die Freude an dem Werk wird sich einstellen. Es sei aber gewarnt, das Vorhaben ist kein gemütlicher Fernseh- oder Kinoabend. Es kann z. B. sein, daß aus pädagogischen Gründen die Mitarbeiter für sich beschließen müssen, keinen Alkohol zu trinken. Wenn solche Beschlüsse gefaßt werden, sollten sie möglichst einstimmig gefaßt werden und verbindlich sein.

Quellen und Anmerkungen

aus technischen Gründen ab der nächsten Seite

- 1) Johann Wolfgang von Goethe "Wilhelm Meisters Lehrjahre", hier zitiert nach Lothar Vogel "Die Verwirklichung des Menschen im sozialen Organismus", Seminar für freiheitliche Ordnung 1973
- 2) Tristan Abromeit "Der Dritte Weg - Die natürliche Wirtschaftsordnung (NWO) Chr. Gauke Verlag, Hann. Münden, 1980 (Spätere Auflagen wurden vom Arbeitskreis Dritter Weg NWO herausgegeben, Anmerkung März / 2004 TA)
- 3) "uns" - im Zeitpunkt der Niederschrift = Autor und Ehefrau Susanne Hirschmann-Abromeit (= arbeitslose Lehrerin)
- 4) zitiert nach Karl Hahn "Föderalismus - Die demokratische Alternative", München, 1975
- 5) In diesem Zusammenhang sind Bücher wie jenes von Benedikt Schmittmann mit dem Titel "Wirtschafts- und Sozialordnung als Aufgabe" (Verlag Karl Alber, Freiburg, 1948) nützlich. Ich fand diesen Titel in einem Stapel von Büchern, den ich aus einem Nachlaß erworben habe. Schmittmann war ordentlicher Professor der Sozialwissenschaft an der Universität Köln und starb gewaltsam im September 1939 im Konzentrationslager zu Sachsenhausen.
- 6) "Wir treten langfristig und unter der Voraussetzung, daß solche Schulen nicht mißbraucht werden zu sozialer Absonderung ("Eliteschulen"), für den Bau eines dezentralen Systems freier und alternativer Schulen ein."
DIE GRÜNEN Niedersachsen - Unser Wahlprogramm 1982 S. 16
- 7) Wer sich von den gängigen Fehlinterpretationen des Markt Begriffes befreien will, möge als erste Orientierung zu der Schrift von Ekkehard Lindner "Mensch und Markt" greifen, die im Chr. Gauke Verlag, Hann.Münden, erschienen ist.
- 8) Sogar in China experimentiert man aufgrund der ökonomischen Mißerfolge mit einem reinen Zuteilungssystem wieder begrenzt mit dem Wettbewerb. In der Beijing Rundschau Wochenschrift für Politik und Zeitgeschehen (die von Chinesen in mehreren Sprachen herausgegeben wird) in der Nr. 22 vom 03. Juni 1980 heißt es u. a. unter der Schlagzeile "Gibt es auch in der sozialistischen Wirtschaft Konkurrenz?":
"Das bisherige System unserer Wirtschaftsverwaltung zeichnete sich durch straff zentralisierte Wirtschaftslenkung aus. Die Betriebe hatten kaum eigenen Spielraum, so etwas wie Konkurrenz gab es in der Tat nicht." ...
"über diesen Themenkomplex setzte unter chinesischen Ökonomen inzwischen eine Debatte ein. Die meisten Ökonomen sprachen sich dafür aus, daß es in der sozialistischen Wirtschaft unter Anleitung des Plans durchaus eine notwendige, aber eingeschränkte Form von Konkurrenz geben sollte."
- 9) Die Freiwirtschaftsschule hat in diesem Bereich wertvolle, präzise Erkenntnisse erarbeitet. Diese Erkenntnisarbeit und die politische Arbeit, die darin besteht, daß dieses Wissen nicht in das große Vergessen versinkt, wurde und wird behindert dadurch, daß wir keinen chancengleichen Wettbewerb in der Wissenschaft und in der Informationsverbreitung haben. Vieles von dem Wissen der Freiwirtschaftsschule, was ehemals als Außen-seitermeinung galt, ist heute wirtschaftswissenschaftliches Gemeingut. Wenn Schlüsselemente dieser Erkenntnisse weder in den Hochschulen gelehrt noch in der Wirtschaftspolitik praktiziert werden, dann kann man dieses nicht den Vertretern dieser Schule anlasten, sondern es muß klar gesagt werden, die Verantwortung und damit das Versagen liegt bei den zuständigen Fachministern und den Ökonomen unter den Wissenschaftlern. Die Haltung der Fachwissenschaftler und Wirtschaftspolitiker ist in dieser Sache irrational, denn wenn ein Problemfall gelöst werden muß, dann müssen auch alle Spuren - wie in einem Kriminalfall -, die zu einer Lösung führen könnten - und seien sie auch obskur - untersucht werden. Und dies ist zum vorliegenden Sachverhalt nicht der Fall.
Wenn man den Inhalt dieser Schule, dem bei der hohen Arbeitslosenzahl eine besondere Bedeutung zukommt, kennt und dann die Vorurteile, Mißverständnisse darüber - die im Umlauf sind - und das offizielle Schweigen dazu wahrnimmt, dann taucht ganz selbstverständlich die Frage auf: Ist es Absicht, Dummheit oder ...?
Ein Beispiel dazu lieferte Ex-Bundesfinanzminister Matthöfer laut "Das Parlament" Nr. 41/42 vom 10./17. Oktober 1981 im Bundesrat. Er sagte u. a.: "Die Vorstellung, es gäbe eine Übertragung von der zukünftigen Generation auf die jetzige in realen Ressourcen, ist eine nationalökonomische Irrlehre. Sie gehört in den Untergrund von Silvio Gesell oder was weiß ich wohin (Heiterkeit), der in Baden-Württemberg seine starke Anhängerschaft hat; das kann ich Ihnen bestätigen (erneute Heiterkeit)."
Es wird hier ein offensichtlicher ökonomischer Unsinn einfach der von Gesell begründeten Freiwirtschaftsschule angedichtet und dann noch mit "Untergrund" kombiniert, und schon sind Tausende von Wirtschaftspolitikern und -theoretikern entschuldigt dafür, daß sie ein wesentliches Problemlösungsangebot nicht untersuchen, was ihre Aufgabe wäre. Denn Herr Matthöfer hat doch mit der Autorität des Bundesministers gesagt, diese Leute seien aus dem Untergrund. Da die SPD zum zweiten Mal in ihrer Geschichte dabei ist, ihren politischen Kredit zu verspielen, soll ten ihre Mitglieder wenigstens diesmal ihre Ohren für die Stimme aus dem Unter-

grund öffnen, ehe es wieder zu spät ist.

Eine rühmliche Ausnahme bildete der Hessische Rundfunk. In der Sendung Kulturelles Wort (2. Programm) wurde am 22.09.1981 (20.30 - 21.30 Uhr) in einem Beitrag von Siegbert Wolf unter dem Titel "Arbeitsloses Einkommen führt immer zu Bürger- und Völkerkriegen" - Silvio Gesell (1862 - 1930), ein Wirtschaftstheoretiker außerhalb aller Parteien, sachlich mit Originaltexten über Anliegen und Erkenntnisse Gesells referiert. Aus dieser Sendung geht auch hervor, daß die Sozialdemokraten bereits vor dem 1. Weltkrieg nicht verstehen wollten oder konnten, was Gesell zur ökonomischen Befreiung der Menschen zu sagen hatte. Eine Wiederholung der Sendung wäre wünschenswert; nur fürchte ich, daß dem schon ein Riegel vorgeschoben wurde. Die Aussagen bzw. Problemlösungen, z. B. für Arbeitslosigkeit, sind so simpel wie beim Ei des Columbus und daher patentrezeptverdächtig, was bedeuten würde, es braucht nicht ernstgenommen zu werden. Wer sich mehr für diese Ökonomieschule, die immer die Gesamtgesellschaft im Blickfeld hat, interessiert, möge die später mehrmals zitierten "sieben Thesen" als Einstieg nehmen.

Weiter ist zu empfehlen, die "Zeitschrift für Sozialökonomie / Mensch - Technik - Gesellschaft", Chr. Gauke Verlage, Hann.Münden. Hier insbesondere die Beiträge zum 50. Todestag von Gesell in Heft 44. Es wird dort in dem Bericht über das Experiment von Wörgl auch deutlich, daß Theorie und Praxis für diese Schule eine Einheit ist. Im Heft Nr. 49 ist ein Beitrag des Präsidenten der Schweizerischen Notenbank, Dr. F. Leutwilers", der laut "Elger Zeitung" vom 24.12.1980 auf eine Radio-Hörer-Frage ausdrücklich geantwortet hat: "Wir alle sollten die Freiwirtschaftslehre vermehrt studieren, da diese neue Wege zu einer gerechteren Wirtschaftsordnung weisen. Literatur steht genügend zur Verfügung."

- 10) Prof. Dr. jur. Hans Heckel, Deutsches Privatschulrecht, Karl Heymanns-Verlag 1955, S. 34, hier zitiert nach „Die Ordnung der Kultur, des Staates und der Wirtschaft für die Gegenwart – sieben Thesen“ Autoren-Gemeinschaft, Hrsg. Arbeitskreis für Sozialwissenschaft, Boslerweg 17, Bad Boll, 1981, S. 35 (nachfolgend als "sieben Thesen" genannt.)
- 11) "sieben Thesen" S. 33 ff
- 12) a. a. O. S. 36 ff
- 13) Wirtschafts- und Sozialordnung als Aufgabe a. a. O. S. 75 ff
- 14) Es ist sicherlich richtig interpretiert, wenn da, wo Schmittmann damals den Begriff Volk verwendet, heute der Begriff Gesellschaft gesetzt werden muß.
- 15) Die weniger radikale Forderung wäre: Umwandlung der Schulpflicht in eine Unterrichtspflicht, wie sie z. B. in Dänemark besteht. Die Dänen würden sich wohl zu Recht dagegen wehren, wenn die Deutschen behaupten würden, aufgrund der fehlenden Schulpflicht hätten die Dänen weniger Kultur und Bildung als wir Deutschen.
- 16) siehe dazu auch T. Abromeit „Der Dritte Weg - Die Natürliche Wirtschaftsordnung (NWO)“, 1980, S. 43 ff, a. a. O.
- 17) Am 24.02.1982 wurde von Gabriele Heise in der Sendung Club des Senders NDR 2 über die Gründung einer reisenden Werkschule (2831 Scholen Nr. 21) in Niedersachsen zwischen Bassum und Sulingen nach dem Vorbild der dänischen Tvindschulen berichtet. Daß in unserem angeblich so freien Land eine Schule in privater Trägerschaft mit vorrangig pädagogischen Zielen gegründet wird, hat Seltenheitswert. Dies liegt daran, daß freie Schulen, wenn sie sich nicht auf einen großen Verband stützen können (was im Regelfall mit Einengungen verbunden ist) oder wenn sie nicht von anderen Schulen, die ihre Gründungsschwierigkeiten hinter sich haben, unterstützt werden, selten eine Überlebenschance haben. Die heutige Art der Bildungsfinanzierung ist praktisch ein Gründungsverbot für freie allgemeinbildende Schulen. Im vorliegenden Fall hat man eine Finanzierungsnische gefunden, indem als Zielgruppe auffällige Jungen ohne Hauptschulabschluß gewählt wurden. Es wurde ein Tagessatz von DM 130,00 angegeben, von dem alles finanziert werden muß. Von der Verzinsung und Tilgung der Darlehen für das Gebäude über die Verpflegung bis hin zum Gehalt der Lehrer. Es ist zu wünschen, daß die Gründer und Lehrer durchhalten. Nur ist es pädagogisch bedenklich, wenn die Finanzierungsart die Auswahl der Schüler bestimmt.
- 18) Damit bei einer staatlichen personengebundenen Subventionierung der Bildung nicht die Steuerzahler durch ein Preiskartell der Bildungsanbieter ausgebeutet werden können, ist ein Preiskartellverhinderungsinstrument einzubauen, das ohne Bürokratismus auskommt. Zum Beispiel werden in einem Jahr 100.000 Bildungsplätze angeboten. Die Preise pro Platz und Monat (ohne Unterhaltskosten für den Bildungsnachfrager) belaufen sich zwischen DM 100,00 und DM 1000,00. Wenn 80 % der Bildungsgänge voll finanziert werden

sollen, dann würde der allgemeine Förderungssatz pro Schüler/Auszubildender DM 800,00 betragen (bei 90 % DM 900,00). Da die Bildungsanbieter befürchten müssen, daß die Bildungsnachfrager jene Bildungsgänge bevorzugen, die voll durch den allgemeinen Förderungssatz finanziert werden können, werden sie sich bemühen, ihre Preise innerhalb der Volldeckung zu halten. Andererseits können extrem teure - aber von gesellschaftlichen Gruppen gewünschte - Bildungsgänge von privatrechtlichen Stiftungen und auch Privatpersonen ergänzend subventioniert werden.

- 19) Die zeitliche Begrenzung der Bildungssubventionen muß sein, damit die finanzielle Belastung der jeweils produktiv arbeitenden Generation nicht zu einer Ausbeutung durch die Lernenden wird.
Im übrigen ist anzunehmen, daß die Kosten dieses neuen Bildungssystems nicht höher als das vorhandene, sondern niedriger liegen. Die Tragbarkeit der Bildungskosten für die Gesellschaft kann nicht nur durch Reduzierung der Rüstungskosten erträglicher gemacht werden, sondern viel stärker noch durch die Entlastung von Kosten, die die Konjunkturerinbrüche mit Arbeitslosigkeit und Konkursen verursachen. Der Fortschritt in der Bildungspolitik hängt auch vom Fortschritt in der Wirtschaftspolitik ab.
- 20) Formal sind manchmal Innungen Träger der überbetrieblichen Veranstaltung. Inhaltlich hat das aber keine Bedeutung.
- 21) Man muß sich klar machen, welche ein Widersinn in der Forderung liegt, im Unterricht keine für die Lehrlinge (Auszubildende) nützlichen Dinge herzustellen. Das Streben nach einem Eigennutzen (materieller oder ideeller Art) ist ein wesentliches Steuerungselement in einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung. Für manche Verbands- und Kammerfunktionäre ist Eigennutzstreben wohl eine Eigenschaft, die sich nur für etablierte Unternehmer ziemt.
- 22) Kritisiert wird nicht die Ausbildung und das Arbeiten mit Arbeitsproben generell, sondern die Ausschließlichkeit. Was in überbetrieblichen Lehrgängen (z. B. Kunststoff Verarbeitung oder Schweißen) seinen guten Sinn hat (erste Schweißversuche an fertigen Bauteilen oder Maschinen würde eine Kostenexplosion bewirken), kann in der monistischen Berufsausbildung für Lehrende und Lernende deprimierend wirken.
- 23) Wer nun meint, hier würde gesagt, Arbeitnehmer und Unternehmer sollten ihre Interessen nicht vertreten, unterliegt einem Fehlschluß. Es kommt auf die Ehrlichkeit und Art der Interessenvertretung an.
- 24) Gerhardus Lang "Bildungswesen und Arbeitswelt - auf ewig geteilt?" in "Fragen der Freiheit" Heft 154, Seminar für freiheitliche Ordnung, 7325 Boll
- 25) Paulo Freire, S. 13 "Pädagogik der Unterdrückten", Eowohl 1975
- 26) Bruno P. Schliephacke, Pestalozzi der Rebell, R.Zitzmann Verlag, Lauf 1960, S. 39
- 27) Die FAZ hat in ihrer Ausgabe vom 17.11.1981 einen Beitrag von Wolf Schneider unter dem Titel "Selbstverwirklichung – nichts weiter als ein Wahn - Die überfällige Zertrümmerung eines brisanten Modewortes" veröffentlicht. Dieser Beitrag wurde nachgedruckt in "Das Gespräch aus der Ferne - Briefe für einen Freundeskreis" Nr. 285 (1/82) unter dem Generalthema "Emanzipationsprobleme" (Versand: Erika Sievers, Höltebruchstr. 86, 4973 Vlotho, Tel.: 05733/2021).
Dieser Beitrag zeigt, welcher Fehlinterpretation ein Begriff unterliegen kann, wenn er zu einem politischen Schlagwort verkommt. Siehe auch Endnote 34.
- 28) W. Kollakowski stellt in einem Artikel unter dem Titel „Kein Beitrag zur Berufsvorbereitung“ dem BVJ ein sehr schlechtes Zeugnis aus. Es ist aber sicher noch zu differenzieren zwischen dem schulischen BVJ und den internatsmäßig durchgeführten BVJ-Maßnahmen. (s. „Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen“ 3/82, S. 15) . Richtig angewandt kann das BVJ aber sicher Ausbildungszeit und -kosten sparen helfen, weil sich Fehl-ausbildungen und Ausbildungsabrechnungen dadurch reduzieren lassen.
- 29) Es ist aber jeweils kritisch zu untersuchen, wie Zuverlässigkeit definiert wird. Pünktlichkeit kann z. B. ein Definitionsmerkmal sein, wenn andere auf mein pünktliches Erscheinen angewiesen sind. Die Forderung nach Pünktlichkeit kann aber auch ein Herrschaftsanspruch sein, wenn es z. B. für meine Tagesleistung egal ist, wann ich mit der Arbeit anfangen. Die Gleitzeit hat den Arbeitnehmern ein Stück Freiheit gebracht und den Vorgesetzten ein Disziplinierungsinstrument genommen.
- 30) Oswald von Nell-Breuning SJ "Ein Wochentag reicht aus" Publik-Forum Zeitung kritischer Christen Nr. 24 10 Jg. Wir lesen für Sie, Darmstadt, Nr. 1/82

31) Anmerkung 3/ 2004: Ich habe 1982 vergessen die Quelle anzugeben. Ich vermute das Zitat stammt aus „Pädagogik der Unterdrückten“ von Paulo Freire.

32) § 26 Berufsbildungsgesetz / "Stufenausbildung"

- (1) Die Ausbildungsordnung kann sachlich und zeitlich besonders geordnete, aufeinander aufbauende Stufen der Berufsausbildung festlegen. Nach den einzelnen Stufen soll sowohl ein Ausbildungsabschluß, der zu einer Berufstätigkeit befähigt, die dem erreichten Ausbildungsstand entspricht, als auch die Fortsetzung der Berufsausbildung in weiteren Stufen möglich sein.
- (2) In einer ersten Stufe beruflicher Grundbildung sollen als breite Grundlage für die weiterführende berufliche Fachbildung und als Vorbereitung auf eine vielseitige berufliche Tätigkeit Grundfertigkeiten und Grundkenntnisse vermittelt sowie Verhaltensweisen geweckt werden, die einem möglichst großen Bereich von Tätigkeiten gemeinsam sind.
- (3) In einer darauf aufbauenden Stufe allgemeiner beruflicher Fachbildung soll die Berufsausbildung für möglichst mehrere Fachrichtungen gemeinsam fortgeführt werden. Dabei ist besonders das fachliche Verständnis zu vertiefen und die Fähigkeit des Auszubildenden zu fördern, sich schnell in neue Aufgaben und Tätigkeiten einzuarbeiten.
- (4) In weiteren Stufen der besonderen beruflichen Fachbildung sollen die zur Ausübung einer qualifizierten Berufstätigkeit erforderlichen praktischen und theoretischen Kenntnisse und Fertigkeiten vermittelt werden.
... (5) ... (6).

33) Es gibt sicher zahlreiche Bundesbürger, die in der Lage und willens sind, Teile ihres Vermögens in ein Zukunftsprojekt zu investieren - auch bei geringer Verzinsung -, wenn das Problem der Sicherheit gelöst ist. Da die erforderlichen Investitionen sich bei der FBA im Bereich der Immobilien konzentrieren, diese risikoarm sind und die unternehmerischen Risiken in der Hauptsache in dem personalintensiven Dienstleistungsbereich liegen, ist eine Aufteilung des von der FBA benötigten Sachkapitals auf juristisch getrennte Vermögensträger zweckmäßig.

Die Aufteilung der Immobilien in Gebäude und Boden ergibt sich aus einem anderen Gesichtspunkt: Wir haben die Tatsache zu verzeichnen, daß das geltende Bodenrecht ein erheblicher ökonomischer und sozialer Störfaktor in unserer Gesellschaft ist, der von den politischen Kräften nicht angerührt wird, weil er in einer politischen Tabuzone liegt. Ein politisch und humanistisch ausgerichtetes ganzheitliches Denken muß aber bei einer Maßnahme, die spezielle Anliegen verfolgt, den Gesamtproblembereich im Auge haben. Die Boden-genossenschaft kann ein freiheitliches Instrument der Bodenrechtsreform werden, sie wäre eine Erweiterung des Modells FBA, aber nicht ihre Voraussetzung.

34) Die mit einem x versehenen Titel sollten als Pflichtlektüre für jene gelten, die sich mit uns zum Zwecke der Förderung einer FBA verbünden wollen.